

Wiemeler Dampfboot.

№ 23.

Donnerstag,

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

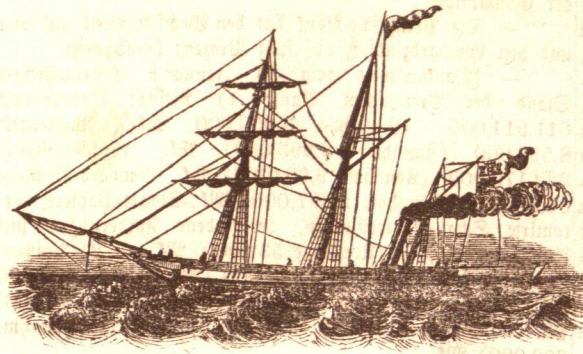
Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.

1875.

den 28. Januar.

Belag-Exemplare kosten 10 N.-Pf.

Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltheile von Abonnenten
mit 15 N.-Pf., von Nicht-Abonnenten
und Auswärtigen mit 20 N.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Zeile 25 N.-Pf.
Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nachmittag
2 Uhr einzuliefern.



Abonnements-Bestellungen
auf das **Wiemeler Dampf-**
boot für die Monate Februar und
März werden von Hiesigen in unserer
Expedition, von Auswärtigen von sämt-
lichen Kaiserlichen Postanstalten ent-
gegengenommen. Der Pränumerations-
preis beträgt hier am Orte 2 Mark,
mit Botenlohn sowie auswärts 2 Mark
40 Pf. Für Rußland 3 Rubel pr. halb. Jahr.

Tages-Chronik.

Den 28., Abends 8 Uhr, im Victoria-Saal wissenschaftliche
Vorlesung. Den 29., Vorm. 9 Uhr, Schlewiesstraße 23,
Verkauf von Knie- und Holzweisen, Wänter, Tauwerk.

Das Septennat.

Die septennalistische Krankheit, an welcher Frankreich seit
mehr als anderthalb Jahren leidet, liefert manches schätzbare
Material zur vergleichenden Völker-Pathologie. Von Zeit zu
Zeit ist es daher nicht uninteressant, einen Blick auf die Ver-
sailleer Klinik zu werfen, an welcher 700 Aerzte das Leiden
ihres Vaterlandes heilen wollen. Die französische National-
Versammlung hat in der That eine verzeihliche Aehnlichkeit
mit einem medicinischen Consilium. Man streitet über die
Natur des Leidens und über die Mittel, welche anzuwenden
wären; man sagt sich gegenseitig unterschiedliche Lebens-
würdigkeiten — und der Zustand der Kranken verschlimmert
sich fortwährend, während die berufenen Helfer sich zanken.
Ein Hoffnungsschimmer hat sich gezeigt, als die National-
Versammlung am 22. d. dem Verlangen des Ministers Cha-
baud-Latour entsprechend, die zweite Lesung des Ventavon'schen
Verfassungsgezet-Entwurfes beschloß. Dieser Entwurf ist nichts
weniger als freisinnig. Er hält im Artikel I das persönliche
Septennat fest und giebt im Artikel VII, der Kammer das
Recht, wenn die Gewalt des Präsidenten durch was immer
für eine Ursache erlöschen sollte, „zu thun, was das Wohl
des Landes erheischt.“ Das klingt harmlos und selbstver-
ständlich, und doch birgt sich in dieser Stylisirung eine große
Gefahr. Ventavon und seine Genossen rechneten, als sie im
Juni v. J. den Entwurf ausarbeiteten, ganz einfach darauf,
daß das Septennat die Vorhülle für die Monarchie sein solle.
Darin entschrieben sie sich für den persönlichen Charakter des
Septennats, mit dem Hintergedanken, den Monarchisten für
den Fall, daß Mac Mahon stürbe oder sein Amt niederlegte,
die Wege zu ebnen. Würde der Entwurf Ventavon's an-
genommen und Mac Mahon würde das seit einigen Tagen
verbreitete Gerüde wahr machen und zurücktreten, so könnte
die National-Versammlung im Bunde mit dem neugeschaffenen
Senate die Monarchie proclamiren. Welche — darüber
möchten allerdings die verschiedenen monarchischen Parteien
einander in die Haare gerathen.

Der Hoffnungsschimmer, von dem wir eben sprachen,
beruht also nicht etwa auf der Annahme des Ventavon'schen
Entwurfes, sondern im Gegentheil auf seiner Verwerfung
von Seite der National-Versammlung. Für letztere ist alle
Aussicht vorhanden. Die große Mehrheit, mit welcher die
Kammer die zweite Lesung der betreffenden Gesetzentwürfe
beschloß, darf man keineswegs dahin deuten, als wäre
diese Mehrheit mit Ventavon's septennalistischer Zwangsjade
einverstanden. Sie erklärt sich vielmehr daraus, daß die
Mehrzahl der Französischen Volksvertreter eine Entscheidung
wünscht und sie jetzt herbeiführen zu können glaubt. Für
den Gesetzentwurf Ventavon's treten nur die Rechte und
das rechte Centrum ein. Die beiden Fractionen haben durch
gemeinsamen Beschluß erklärt, sie würden an dem Gesetze
vom 20. November 1874 festhalten und die Organisirung
der Gewalten des Marichalls Mac Mahon mit allen Kräften
unterstützen. Alle anderen Parteien in der National-Ver-
sammlung sind gegen Ventavon: die Legitimisten, weil sie
nicht zugeben, daß das Septennat sich befestige, sondern dem
Marichall nur die Rolle des Plaghalters für den gottbe-
gnadeten „Angestammten“ zuteilen; die Bonapartisten, weil
sie in den Artikeln Ventavon's mit seiner Nase den Geruch
der orleanistischen Monarchie wittern; die Republikaner
endlich, weil sie die Falle erkennen, die man ihnen stellen
will, und weil sie sich überhaupt auf keine faulen Compro-
misse mehr einlassen mögen.

Bei diesen Stimmungen ist wohl die Verwerfung des
Ventavon'schen Entwurfes ziemlich sicher, und an dies negative
Ergebnis knüpft sich die Erwartung einer Lösung. Wie man
sieht, ist der Faden, an dem die Hoffnung der Liberalen Frank-
reichs schwebt, ein sehr dünner und schwacher, und das me-
lancholische Gefühl, welches diese Erkenntniß einflößt, wird
noch erhöht durch die fast ungläubliche Thatsache, daß der
Mann, dem der Zufall und die Laune des Schicksals die Ent-
scheidung in die Hände gegeben zu haben scheinen — Aubiffret-
Pasquier heißt.

Aubiffret-Pasquier ist also der Mann des Tages. Aller
Blicke sind auf ihn gerichtet, und er selbst muß sich im Lichte
eines großen Staatsmannes erscheinen. Herrschen in Frank-
reich gesunde Zustände, wäre die natürliche Entwicklung des
Landes nicht unterbrochen, so hätte der gute Herzog niemals
eine solche Wichtigkeit erlangt. Es ist eine für Frankreich
beschämende Wahrheit, daß heute sein Schicksal nicht von seinen
hervorragenden Männern, sondern von Broglie's Schwager
abhängt. Freilich kann in einigen Tagen das bengalische
Feuer, in welchem sich jetzt Aubiffret-Pasquier zeigt, schon wie-
der erloschen sein, denn auf der Versailleer Klinik bebingt jede
Woche eine neue Diagnose.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 25. Januar. [Zur Situation.]
Das am letzten Sonnabend von einem Spanischen Kabinets-
courier überbrachte eigenhändige Schreiben des Königs Alfons's
an Kaiser Wilhelm, in welchem die officielle Anzeige von der
statgehabten Thronbesteigung erfolgt, wird, wie wir erfahren,
vom Grafen Rascon in den nächsten Tagen in besonderer
Audienz dem Kaiser überreicht werden. Bei diesem Akte wird
auch Fürst Bismarck zugegen sein, welcher nach überstandener
Unwohlsein heute zum ersten Male wieder im Reichstage
erschien.

Der Französische Generalconsul in Belgrad Herr Debains,
welcher am Neujahrstage mit dem Deutschen Consul Herrn
Nosen in einen Rangstreit gerieth, war vor Austritt seiner jeki-
gen Stellung der hiesigen Französischen Botschaft als Sekretär
attachirt und pflegte die Bicomte von Gontaut-Viron im Falle
dessen Abwesenheit zu vertreten. Diese diplomatischen Antec-
edentien scheinen bei den Präntensionen des Herrn Debains eine
gewisse Rolle gespielt zu haben. Die Deutsche Reichsregierung
ist indeß nach wie vor wenig geneigt, die bisher übliche
Scala der diplomatischen Rangstufen willkürlich um eine neue
vermehrten zu lassen. Die ergriffenen Maßnahmen zielen in-
deß, wie wir hören, nicht sowohl auf eine Beilegung des
Streitfalles in concreto als vielmehr auf die Aufstellung
eines allgemeinen völkerrechtlichen Grundgesetzes hin, nach welchem
der Titel eines „diplomatischen Agenten“ den mit ihm beliehen-
nen Konsularbeamten keinen Anspruch auf irgend ein Vorrecht
vor den Consuln anderer Staaten gewährt. Die Verständig-
ung über diesen Grundgesetz bildet im Augenblick unter den
Europäischen Mächten den Gegenstand diplomatischer Verhand-
lungen, welche auf Veranlassung des Fürsten Bismarck einge-
leitet worden sind.

Mit dem Zusammenritte der Provinzialsynoden richtet sich
das Augenmerk wiederum auf die Nothlage der evangelischen
Geistlichkeit und die Nothwendigkeit derselben, sobald als mög-
lich abzuhelfen. Vom einseitig kirchlichen Standpunkte stellt
man das Princip auf, daß der Staat alle Ausfälle in ihren
Einnahmen ersetzen und überhaupt die Geistlichen bezahlen
müsse, von anderer Seite möchte man die Provinzen unter
Hinweis auf die zu erwartenden Dotationen, dazu verpflichten,
von dritter Seite endlich stellt man das Princip der freien
Gemeinde auf, d. h. der Staat soll gar keine Entschädigung
auf sich nehmen und die Besoldung der Geistlichen den Kirchen-
gemeinden überlassen. Diese Pläne haben indeß, wie man uns
mittheilt, keine Aussicht verwirklicht zu werden. Die Regierung
hat schon in der vorigen Landtagsession in allgemeinen Um-
rissen angegeben, wie sie die Angelegenheit zu erledigen denkt.
Als der Kultusminister im letzten Jahre eine Aufbesserung der
Gehälter evangelischer und katholischer Geistlicher verlangte,
erklärte er, daß es sich nicht um eine definitive Regelung
handle, sondern daß man die einzelnen Fälle prüfen und nach
und nach den Verhältnissen entsprechend entscheiden werde. Man
wird zunächst untersuchen, ob die Gemeinden kräftig genug sind,
die nothwendigen Mittel selbst aufzubringen und wird
Staatshilfe nur dann eintreten lassen wo dies nicht der Fall
ist. Auch die Vorträge des Finanzministers, welche zu dem-
selben Zwecke 2 Millionen Mark verlangt, ist nach diesem
Grundsätze aufgestellt. Es sollen zunächst die Minimalgehälter
der evangelischen und katholischen Geistlichkeit auf 800 resp.

600 Thaler gebracht, zugleich aber Organe geschaffen wer-
den, welche jedes Jahr von Neuem prüfen, ob und inwieweit die
Leistungskraft der Gemeinden herangezogen werden kann.
Danach erst soll der den Geistlichen Seitens des Staates zu
leistende Zuschuß berechnet und festgestellt werden.

* In den nächsten Tagen werden die Provinzialsynoden
der evangelischen Landeskirche zusammenzutreten. Ihre wichtigste
Aufgabe ist, Vertreter zu der später zu berufenden General-
synode zu ernennen. Außerdem aber werden sie sich noch
mit einigen andern bedeutsamen Fragen zu beschäftigen haben,
z. B. mit der Frage, ob die Stolgebühren zu beseitigen
seien, und auf welche Weise ein Ersatz für die ausfallenden
Einnahmen beschafft werden solle. Bedenkt man, daß fast
zwei Drittel der Bevölkerung in den 8 altländischen Preu-
ßischen Provinzen, nämlich 12 1/4 Millionen, der evangelischen
Landeskirche angehören, so liegt es auf der Hand, welche
Wichtigkeit das Ergebnis dieser Provinzialsynoden haben muß.
Sollte die strengorthodoxe Partei, welche gegen die neuere
Staatsgesetzgebung sich feindselig verhält, welche das Schul-
aufsichtsgesetz, die Civilehe u. s. w. in ähnlicher Weise be-
kämpft, wie dies von den Ultramontanen geschieht, das
Uebergewicht erlangen, so würde dies von verhängnisvoller
Bedeutung sein; denn der Staat seinerseits kann unmöglich
einer Kirche, die gegen ihn feindselig auftritt, eine größere
Freiheit und Selbstständigkeit geben und kann aus den Steuern
der Bürger nicht solche Geistliche unterstützen, welche ge-
gen die bürgerlichen Gesetze im Kampf treten. Je nachdem
die gemäßigten und staatsfreundlichen Richtung in den Provinzial-
synoden siegt oder unterliegt, wird auch das Verhältnis des
Preußischen Landtages zu den evangelischen Geistlichen ein
freundliches oder ein gespanntes sein. Die Regierung hat
den besten Willen, der Nothlage der Geistlichen abzuhelfen;
sie beweist dies augenblicklich wieder durch den Vorschlag, 2
Millionen Mark zur Erhöhung ihrer Gehälter bis auf den
Mindestbetrag von 800 Thalern auszugeben. Auch im Ab-
geordnetenhaus wird die Mehrheit guten Willen haben, wenn
man nur nicht durch absichtliche Feindseligkeit gegen den
Staat es den Abgeordneten unmöglich macht, diesen Willen
zu beschließen.

— Das am 3. d. den Auswärtigen Vertretern in Ma-
drid übergebene und von den sämtlichen Mitgliedern des
provisorischen Kabinetts unterzeichnete Rundschreiben über die
Bildung der neuen Regierung enthält bezüglich der Stellung
der Religionen folgende bemerkenswerte Stelle:
„Diejenigen, welche in dem religiösen Prinzip die große Trieb-
feder unserer nationalen Geschichte erblicken und sich verletzt
fühlen durch die Frevler, welche nach dieser Richtung die Re-
volution begangen hatte, setzen selbstverständlich ihre Hoffnun-
gen auf Jenen (Alfons), der, ein würdiger Erbe katholischer
Monarchen, am Glauben seiner Väter unerschütterlich festhielt,
ohne dadurch aus demselben ein Werkzeug und Banner seiner
politischen Ziele machen zu wollen.“

— Bezüglich der zwischen dem Deutschen Reich und der
Spanischen Regierung gewechselten Noten ist die Times in die
Lage gesetzt folgendes mitzutheilen: Auf die offiziell der Spa-
nischen Regierung mitgetheilte Beschwerde über die Gusta-
f-Affaire erklärte das Spanische Cabinet, es acceptire die Ent-
schädigung im Princip und sei bereit, eine maximale Demon-
stration gegen den von den Carlisten occupirten Küstenpunkt
zu unternehmen, welcher der Schauplatz der Beschimpfung der
Deutschen Flagge war. Die Spanische Note fügt jedoch hinzu,
man halte es nicht für geeignet, daß bei dieser Demonstration
der Spanischen Schiffe gleichzeitig Deutsche Schiffe mitwirkten.
Flatow, West-Preußen, 23. Januar. Die Functionen
der Beamten, welche in den Provinzen Polen und Westpreu-
ßen zur Ueberwachung der Polnisch-ultramontanen Agitation
neuerdings eingesetzt worden, treten immer deutlicher hervor.
So traf dieser Tage auf dem hiesigen Landrathsamte ein vom
Ministerialcommissarius Her aus Thorn (früher Bürgermeister
in Kolchmin) aus der daselbst erscheinenden Gazetta Thorunski
übersetzter Artikel ein, in welchem der auch von uns ge-
brachte Ausweitungsfall des Vicars Zborowski in der geschäftig-
sten Weise behandelt und unserm Herrn Landrath verschiedene
unwahre Aeußerungen in den Mund gelegt resp. gethane
Aeußerungen verdreht wurden. Selbstverständlich ist dies von
der betreffenden Seite rectificirt worden.

Dreslau, 23. Januar. Der Oberpräsident Graf Arnim
ist heute Vormittag mit dem Sitzguge in Familienangelegen-
heit nach Berlin gereist und wird erst Dienstag Abend zu-
rück erwartet. — Das Schlesische Kirchenblatt schreibt: „Nach-
dem es der Regierung nicht gelungen ist, die Pfarrei Lands-
berg a. W. staatlich durch die Wahl der Gemeinde zu be-

legen, kehrt sie zu der früheren bewährten Maßregel zurück und hat neuerdings dem Herrn Fürstbischof eine neue Strafe von 150 Mark wegen Nichtbefolgung der Pfarrei angebroht, falls die Befehle nicht binnen sechs Wochen erfolge."

Aus Thüringen, 23. Januar. Der in Zeit und Weisheit bestehende Verein der Industriellen macht öffentlich bekannt, daß „die gegenwärtigen Verhältnisse sie zwingen, vom nächsten Sonntag ab die Arbeitslöhne um 20 pCt. herabzusetzen“. Sie erklären dabei, sich durchaus nicht auf Verhandlungen mit etwaigen Arbeiter-Comite's einzulassen, sondern den ermäßigten Lohnsatz einfach festzuhalten und diejenigen Arbeiter, die sich dem nicht fügen wollen zu entlassen.

Fulda, 22. Januar. Das Vermögen der Diocese Fulda ist zwar regierungsfähig mit Beschlag belegt worden, nicht aber der geheime bischöfliche Fonds, welcher vor etwa 30 Jahren gegründet und seit dieser Zeit durch Legate u. auf eine sehr hohe Summe angewachsen ist. Seit dem Tode des Bischofs Rött werden diese Gelder, die für kirchliche, von Staatswegen nicht unterstützte Zwecke bestimmt sind, von dem Regens des geschlossenen Klerikalseminars, Dr. Komp, verwaltet. Der von hier aus erhobene Protest gegen die Schließung des Priesterseminars ist kurzer Hand zurückgewiesen worden.

Spanien.

Peralta, 23. Januar. König Alfons hat gestern eine Ansprache an die Bewohner der Provinzen Biscaya und Navarra erlassen, in welcher er den lebhaften Wunsch kundgibt, daß der Friede im Lande wiederhergestellt werde. Es wird vom König in dieser Ansprache besonders hervorgehoben, daß seine Thronbesteigung — wie dies seinen Wünschen entspreche — ohne jedes Blutvergießen möglich gewesen sei. Wenn es sich Seitens der Bewohner von Biscaya und Navarra ihm gegenüber um einen Streit über die factische Gewalt handle, so bleibe allerdings nichts als der fortgesetzte Krieg übrig. Selte ihr Kampf aber der monarchischen Treue, der Anhänglichkeit an die Monarchie, so sei er der Repräsentant der Dynastie, gelte derselbe dem katholischen Glauben, so sei er ein katholischer König. Er werde die Unbillen, die die Kirche erfahren, wieder gut zu machen suchen und er werde ein durchaus constitutioneller König sein. Er biete ihnen den Frieden an, die Bewohner beider Provinzen würden ihre Freiheiten behalten und ihren früheren Wohlstand wieder erlangen. — In einer an die Armee erlassenen Proclamation weist der König darauf hin, daß die Armee Spaniern und Landsleuten gegenüberstehe und daß er zu Gunsten der Wiederherstellung des Friedens, nicht aber für den Ruf der Waffen, ihre Energie in Anspruch nehme. Wenn sein Ausruf an die ihm feindlich gegenüberstehenden nicht beachtet werde, bleibe nur der Kampf übrig. Gott werde mit denen sein, die den Frieden wollten, nicht mit denen, die die Waffen gegen das Vaterland trügen.

Schweiz.

Bern, 21. Januar. Ueber den neuesten scandalösen Auftritt, welchen die Ultramontanen bei Gelegenheit einer altkatholischen Taufe in der Genfer Gemeinde Combefieres angestiftet haben, berichtet das Journal de Geneve heute Näheres. Schon vorgestern Abend war in der dortigen Kirche eine Volksversammlung abgehalten worden, welche, nachdem die Menge mit fanatischen Reden angeheizt, mit Schließung und Verbarricadierung der Kirchenthüren endete. Am andern Morgen trat der Municipalrath zusammen, während die Glocke auf dem Schulgebäude zu läuten begann, was wieder eine Masse Menschen — größtentheils jedoch nur Frauen und Kinder, theils auch viele Savoyarden — auf dem Plage vor der Kirche zusammenrief, wo sich auch die beiden Maires in ihrer Amtstracht nebst einer Anzahl Polizei-Agenten eingefunden hatten. Frauen, welche ihre Taschen mit Steinen angefüllt, bewachten die Kirchenthüren und erklärten, nur über ihre Leiber würden die Alt Katholiken in die Kirche gelangen. Da nach, nachdem schon ein anderer Wagen und auch Fußgänger mit Steinwürfen zur Umkehr gezwungen worden waren, der Laufwagen mit den Eltern des Kindes, dem Pfarrer Marschall von Carouge, einem Delinquenten des Kirchenrathes und dem Kinde selbst. Der Vater des Kindes stieg aus, erklärte den beiden Maires, daß er der Gemeinde Combefieres angehöre, sein Kind in derselben geboren sei und er kraft des Gesetzes und eines Staatsraths-Beschlusses den Eintritt in die Kirche verlange, um die Taufe durch den Pfarrer Marschall vornehmen zu lassen. Auf die Erwiderung der beiden Maires, daß die Gemeindebehörden beschloßen hätten, die Kirche nicht zu öffnen, begab sich der Vater des Kindes zu dem Wagen zurück. In diesem Augenblicke erfolgte der Angriff der Menge. Steine flogen von allen Seiten nach dem Wagen und seinen Insassen; eine Wägare zerbrach mit der Faust seine Scheiben, daß die Splitter den Pfarrer Marschall an der Hand verwundeten, Pfeffer wurde ihm in die Augen zu werfen gesucht, kurz, es war ein Auftritt sonder Gleichen; nicht einmal die Anwesenheit des Räumlings löste den Rasenden Mitleid ein. Zertrümmert und zerlöchert kam der Wagen wieder in Genf an. Daß der Staatsrath mit aller Energie vorgehen werde, ist wohl unzweifelhaft. Die beiden Maires, von denen der eine zur Menge gedrängt haben soll: „Das Volk habe nur seine Pflicht gethan; die Alt Katholiken würden sobald nicht wiederkommen!“ sind bereits ihres Amtes entsetzt und die Hauptverursacher in Haft genommen worden. Militärische Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sind getroffen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. Januar. Wie verlautet, hat der Spanische Gesandte die gedrückte Absicht, das für den Kaiser bestimmte Schreiben des Königs Alfons dem Minister v. Bülow zu überreichen. Das königliche Schreiben selbst wurde bis heute Mittag, wie versichert wird, noch nicht überreicht.

— 26. Januar. Im Reichstag wurden nach fast fünfstündiger Debatte über den Paragraphen 9 des Bankgesetzes alle Amendements abgelehnt, und die modificirte Vorlage des Bundesraths mit einprocentiger und fünfprocentiger Steuer durch Hammelsprung mit 160 gegen 116 Stimmen abgelehnt, die fünfprocentige Steuer wurde ohne Veränderung der Contingentsumme angenommen, ebenso Alinea 2 in der Fassung der Commission.

— Die Preussische Bank hat den Wechselbiscout auf vier und den Lombardzinsfuß auf fünf Prozent herabgesetzt.

— [Bankausweis vom 23. Januar.] Gegenwärtiger Stand der Preussischen Bank: 1) Activa: Baarvorrath 611,511,000 (Zunahme 3,050,000) Mk., Papiergeld 8,593,000 (Zunahme 2,993,000) Mk., Wechselbestände 322,173,000 (Abnahme 9,994,000) Mk., Lombard-Bestände 56,866,000 (Abnahme 2,897,000) Mk., Staats-Papiere, discontirte Schatz-Ausweisungen, verschiedene Forderungen und Activa 14,535,000 (Abnahme 532,000) Mk. — 2) Passiva: Banknoten im Umlauf 780,344,000 (Abnahme 14,183,000) Mk., Depositen-Kapitalien 100,895,000 (Zunahme 636,000) Mk. und Guthaben der Staatskassen u. 36,748,000 (Zunahme 609,000) Mk.

— Die Brandenburgische Provinzialsynode wurde heute eröffnet 104 Delegirte sind anwesend. Consistorialpräsident Segel als provisorischer Vorsitzender eröffnet die Sitzung. Regierungskommissar Generalsuperintendent Brückner begrüßt die Synode namens des Cultusministers. Oberregierungsrat Grawanger wird darauf mit 52 Stimmen zum ersten Vorsitzenden gewählt gegen den Minister a. D. v. Mantuffel, der 37, Oberbürgermeister Hobrecht, der 13, und Consistorialrath Reichhelm, der eine Stimme erhielt.

Posen, 26. Januar. Der hiesige Regierungsassessor Simly ist zum Verwalter des Kirchenvermögens des Bisthums Paderborn ernannt worden.

Kiel, 25. Januar. Obgleich noch keine definitiven Bestimmungen betreffend die Uebertragung des Commandos für das nach Spanischen Gewässern bestimmte Geschwader vorliegen, so wird doch in unterrichteten Kreisen angenommen, daß Contre-Admiral Batsch hierzu designirt sei.

Wien, 25. Januar. Allen officiösen Abwickelungen zum Trotz erhält sich der Glaube an den baldigen Losbruch der Feindseligkeiten zwischen Serbien, Montenegro und der Türkei.

Pest, 25. Januar. Der Finanzminister Ohgyzy hat gestern Abend in der Conferenz der Deakpartei sein bekanntes Finanzexposé vorgelegt und dabei die Erklärung abgegeben, daß die Regierung das Deficit jedenfalls vermittelt einer Erhöhung der Steuern um einen Betrag von 13 Millionen decken werde. Szepenyi beantragte, das Budget an den Finanzausschuß mit der Instruction zurückzuverweisen, eine größere Ersparung von Ausgaben im Auge zu behalten. Baron Senney erklärte, er nehme das Budget in dessen Grundzügen an und werde sich darauf beschränken, einige Bedenken gegen die eingeschlagene Finanzpolitik im Hause vorzubringen. — Der Ministerpräsident Vitto betonte wiederholt, daß die Regierung auf Wahrung der Steuervorlage bestehen müsse, worauf Baron Senney und Uerwenyi die Versicherung abgaben, daß von ihnen keine Ueberraschung vorbereitet werde. Nach dreistündiger Debatte wurde zuletzt beschloßen, den Bericht des Finanzausschusses, unter Ablehnung des Antrages Szepenyi, als Grundlage für die Spezialdebatte anzunehmen.

Paris, 24. Januar. Der officiöse Moniteur sagt: Die Spanische Regierung hat den Mächten die Thronbesteigung des Königs Alfons XII. angezeigt. Die Französische Regierung wird diese Anzeige beantworten, aber keinen endgültigen Beschluß in Betreff der Anerkennung des Spanischen Königthums fassen, ehe sie sich mit den Großmächten verständigt hat.

— Morgen beginnt die Verathung über das Senatsgesetz. Man glaubt, daß dieselbe zwei Tage dauern wird. Am Donnerstag soll die zweite Verathung der constitutionellen Gesetze beginnen.

— Dem Moniteur zufolge wäre es möglich, daß Mac Mahon im Laufe dieser Woche ein neues Cabinet bildete, um nicht nach Verwerfung der constitutionellen Gesetze ohne Regierung dazustehen. Docher's Name wird in dieser Verbindung wieder genannt.

— Mac Mahon selbst ist heute der sechsjährigen Republik und einem Verschmelzen der Centren abgeneigt denn je und scheint zu glauben, daß Docher, der am Freitag so entschloßen, wenn auch wenig geschickt, für die Royalisten eintrat, diesen keine unangenehme Persönlichkeit sein werde. Ob das Gerücht Bestand halten wird, ist fraglich.

— Die verschiedenen Parteien stehen heute auf dem nämlichen Standpunkte, wie vor der Verathung über die constitutionellen Gesetze. Auch die Bemühungen für ein Zusammengehen eines Theiles des rechten Centrums mit der Linken zu Gunsten der sechsjährigen Republik dauern fort; nur ist die Lage in so fern geändert, als der Marschall heute störrischer ist denn je, und die Zahl der Orleansiten, die zum linken Centrum überzugehen geneigt sind, geringer ist als früher.

— Die äußerste Linke wird morgen die Regierung wegen der Suspension des Pariser Gemeinderaths interpelliren. Der Minister des Innern läßt ankündigen, er werde die Anfrage kurz abfertigen.

— 25. Januar. Thiers wird bei der zweiten Lesung des constitutionellen Gesetzes voraussichtlich das Wort ergreifen. Seine Rede dürfte die ganze Sitzung ausfüllen.

— 26. Januar. Die „Ag. Havas“ meldet aus Madrid, zwischen carlistischen und alfonstischen Unterhändlern habe am 23. d. M. eine erste Besprechung stattgefunden, bei welcher man über die Grundlagen einer Einigung übereinkam.

Versailles, 25. Januar. Die Nationalversammlung beschloß heute mit der ersten Lesung des Gesetzesworts über die Errichtung eines Senats und beschloß nach längerer Debatte mit 512 gegen 188 Stimmen demnächst die zweite

Verathung desselben vorzunehmen. — Die Diskussion über den Commissionsbericht betreffend die Regierung des 4. September wurde bis nach vollständiger Erledigung der constitutionellen Gesetzentwürfe vertagt.

London, 25. Januar. Der heutige „Daily Telegraph“ bringt nachstehendes Telegramm: Die Russische Regierung steht vollständig auf Seiten Montenegros gegen die Türken. Beim letzten Empfang des diplomatischen Corps im Winterpalais reichte der Kaiser dem Türkischen Botschafter nicht die Hand, sondern sagte ihm: Wenn die Pforte nicht vernünftiger wird, werden die daraus entspringenden Folgen für sie verberblich sein. Es verlautet, daß dem Türkischen Botschafter Kamill-Pacha Seitens des Fürsten Vorischakoff die Warnung zukommen ist, daß er ihn persönlich dafür verantwortlich machen werde, wenn seine Regierung nicht anderen Sinnes würde. Nachrichten aus Montenegro melden eine zunehmende Agitation, die der Fürst jedoch schwerlich niederhalten könne.

— 26. Januar. Vigigt spricht sich über die liberale Partei, nicht über die Parteiführerwahl aus, und complimentirt dabei Gladstone. Er fordere nicht übereilte Abschaffung der Staatskirche, sondern nur die Ueberdenkung dieser höchst wichtigen Frage.

Madrid, 24. Januar. Don Carlos soll dem König Alfons eine Uebereinkunft angeboten haben, nach welcher die carlistische Armee die Feindseligkeiten einstellen soll, wenn er Don Carlos als König der occupirten Provinzen anerkennen will. Der König hat darauf geantwortet, daß er einen solchen Vertrag nicht schließen kann, da es nur einen König in Spanien giebt.

— Die Kriegspläne Serranos werden im Wesentlichen beibehalten. Das 2. Corps der Nordarmee und die Division von Aleva gehen gegen Estella vor Moriones, an der Spitze der Armee, wird Garascal und Puerta la Reina angreifen. Die Truppen, welche von der catalonischen Armee abgefanbt sind, haben die Aufgabe, gegen Navarra vorzugehen. Der General Salamanca soll auf Durango marschiren und die Division wird ihren Marsch über Anboain nehmen, um Tolosa zu besetzen. Die Carlisten werden auf diese Weise von vier Seiten angegriffen.

Hendaye, 24. Januar. Der Abgesandte des Don Carlos ist gestern von London zurückgekehrt, nachdem er dort mit dem carlistischen Comitee unterhandelt hatte. Dasselbe hat dem Abgesandten erklärt, daß es für die carlistische Sacheerner keine Gelder mehr auszubringen vermag.

Madrid, 25. Januar. Die Offenstrebungen der Nordarmee begannen heute Morgens. Nachrichten aus San Sebastian zufolge schossen die Carlisten auf ein Englisches Schiff, welches ein Telegraphenkabel an Bord hatte. Der „Correspondenzia“ zufolge wird die Regierung in der „Gustao“-Angelegenheit ein Rundschreiben an die auswärtigen Mächte richten.

— Marschall Serrano wird morgen hier erwartet.

Rom, 24. Januar. Garibaldi ist heute Nachmittag hier angelangt. Eine unabsehbare Menschenmenge empfing ihn am Stationsplatz mit beispiellosem Enthusiasmus. Die Pferde wurden ausgepannt. Es war unmöglich, den Wagen bis zur Wohnung seines Sohnes Menotti zu bringen. Garibaldi ist in dem Gasthose von Constanzi eingelehrt. In einer Ansprache ermahnte er die Römer ernst und fest zu sein. Sein Aussehen ist verhältnismäßig frisch.

— 25. [Kammer Sitzung.] Garibaldi leistet das Gelöbniß ab. Der Antrag Cairoli auf einen Label gegen die Regierung wegen der Verschaffungen in der Villa Ruffi wird mit 232 gegen 121 Stimmen abgelehnt.

— Der Papst hat an Don Carlos geschrieben und ihn aufgefordert, er möge die Waffen niederlegen und Don Alfonso anerkennen.

Washington, 26. Januar. Die Budgetvorlage ist eingegangen. Der Schatzsecretair schlägt vor, die Einnahmen zu vermehren durch Wegfall der 1872 eingeführten zehnprocentigen Zollherabsetzung auf Eisen und Stahl und durch Besteuerung des Thees, Kaffees und anderer bisher steuerfreier Artikel.

Literarisches.

Die beiden neuesten Nummern der Illustrierten Frauenzeitung (vierteljährl. Abonn.-Preis 2 Mark 50 Pf. enthalten: I. Die Moden-Nummer (3): Gesellschafts-, Besuchs- und Promenaden-Toiletten, Paletots, Muff und Cravatten aus Fibern. Hohe und ausgeschnittene Taillen, Fichü's, Hüte, Hauben, Haarfisuren, Haarschleifen und verschiedene Schmuckgegenstände zu Gesellschafts- und Ball-Toiletten, Taschentücher, Kragen und Cravatten. Rückentissen, Arbeitskästchen, Strickzeug- oder Schließelkorb, Taschentuchbehälter. Punt- und Kreuzstichereien, irische Spitzenarbeiten, Weißstickereien u. c. mit 70 Abbildungen, einer Schnittmuster-Beilage und einem großen colorirten Modenkupfer. II. Die Unterhaltungs-Nummer (4): Eine Küchenplauderei. Mit zwei Illustrationen. — Eine unverfälschte Tochter. Roman von Max Ring. (Fortsetzung.) — Eisport. Von W. Ladovik. Mit einer Illustration von G. Guthnecht. — Bom Regen überreich. Mit einer Illustration von G. H. Boughton. — Verschiedenes. — Neue Bücher. — Wirtschaftliches. — Briefmappe. —

[Deutsche Landwirtschaftliche Presse.] Nummer 4 der bei Wiegandt, Hempel und Parey in Berlin monatlich zweimal erscheinenden Deutschen Landwirtschaftlichen Presse liegt vor mit folgendem Inhalt: Vergangenheit und Zukunft der Getreidepreise Deutschlands. Von Prof. Dr. Caspary. (Schluß.) — Das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen I. — Ueber den Einfluß des Saatgutes auf die Sterblichkeit und die Entwicklung der Pflanzen. — Dampfplugs zum Nachplügen von John Fowler & Co. in Leeds. Von Prof. Dr. Wüst in Halle a. S. (Mit Abbildungen.) — Das

Frankenshaft auf der Bremer Ausstellung und seine wissenschaftliche Bedeutung. Von Dr. E. Rehm, Lichtenhof bei Nürnberg. — Correspondenzen. — Aus dem Vereinsleben. — Personalien. — Jagd und Sport. — Fischerei. — Handel und Verkehr. (Rundschau auf den Getreide-, Del- und Spiritus-Handel. Berliner Viehmarkt.) — Speditions- und Briefkasten. — Abonnementspreis der in jeder Beziehung gut ausgestatteten „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ beträgt vierteljährlich 1 1/2 Thlr.

Vocales.

[Erklärung.] Die angezogene Stelle des Protokolls lautet wörtlich: Die Versammlung beschließt, bei der Königl. Regierung Beschwerde zu führen, daß die Beschlüsse vom 22. October und 17. December a. p., welche der Magistrat auf Grund des § 44 der Städteordnung für ungültig erklärt, für gültig zu erklären.

Die Redaktions-Commission der Stadtverordnetenversammlung. H. C. Hamann, J. D. Moelchert.

Welch' schönes Fest, welch' eine fromme Sitte — In Schloß und Hüt' le glänzt der Weihnachtsbaum, Froh schlägt das Herz, wo auch die Hand ihn schmückt, Ob an der Memel, ob am Schwarzwaldsbaum, Braugt er geschmückt in unsrer Lieben Mitte, So lächelt uns der schönste Augenbraum Und Manchem wird, wenn hell die Lichter strahlen, Der Heimath Bild sich vor die Seele malen.

In diesem Sinne bereitet die Familie, bereiten Vereine ihren Mitgliedern und Genossen das schöne Deutsche Fest und möchten dadurch gern selbst dem Fremdling in unsern Mauern einen Ersatz für das fehlende „Daheim“ bieten. Was dem Weihnachtsfeste des Handwerker-Vereins ein eigenthümliches Interesse verleiht, ist die damit verbundene Bekrönung der Zöglinge der hiesigen Fortbildungsschule für Handwerker Lehrlinge. „Es ist Gott lob ein Fortschritt zu erkennen“, meinte der Vorsteher in seiner Begrüßung, indem 81 junge, anständige Burschen hinter dem mit gleicher Anzahl „bunter Teller“ versehenen Weihnachtsstich Platz nahmen. Achtzehn Teller mit den Preisen für die Besten belegt, nahmen die Mitte des Tisches ein. Der biedere, alte Ziem, ein warmer Freund der Schule legt in turnerisch kräftigen Worten den jungen Leuten den Segen des geistigen Fortschritts an's Herz, ermahnt sie zur Ausdauer, bittet die Reister, unablässig die ihnen anvertraute Jugend zur Schule anzuhalten und proklamirt dann die folgenden Namen als Diejenigen, welche Ursache zur besonderen Auszeichnung gegeben, darf jedoch auch manchem Andern das Zeugniß des Fleißes nicht versagen. Gustav Kiewel, Schuhmacher. Robert Leith, Tischler. Gustav Jotringham, Böttcher. Richard Supplies, Schlosser. Richard Buchert, Conditor. Robert Schiel, Segelmacher. Fritz Simoneit, Maler. Herrmann Hedwig, Schuhmacher. August Ermeneit, Schneider. Johann Jausin, Stellmacher. Fritz Gehrmann, Maler. Carl Horn, Kupferhändler. Franz Obermüller, Schmied. Heinrich Lapoehn, Stellmacher. Albert Schweiginger, Schneider. Fritz Selau, Tischler. Gottlieb Kraft, Schmied. Hirsch Jerichomowitz, Klempner. Mehrere Burschen, seit 3 und 4 Jahren die Anstalt besuchend, nahmen heut Abschied und erhielten auf den ferneren Lebensweg ein Zeugniß, worin an Jeden, besonders an die Bildungs- und gewerblichen Vereine das Gesuch gestellt ist, ihnen in ihrem Fortkommen behülflich zu sein — Wir billigen eine solche Einrichtung und wünschen auch unserer Seite ihnen Glück zum fortgesetzten Streben — Doch nicht allein der Verein beschenkte seine ihm so liebe Anstalt, die Schüler überreichten dem Vereine aus Dankbarkeit ein recht starkes Heft von selbst und recht eigen ausgeführten Zeichnungen und bitten um freundliche Annahme, Glück auf zu solcher Befinnung und solchem Streben; sie ist besser als große Beschlüsse, z. B. des Bäckercongresses in Berlin in Bezug auf die Förderung der Fortbildung seitens der Lehrlinge

* Von dem bei Abgang der Post am 26. Abends vor dem Post- Etablissement versammelten Publikum wurde die Seefahrerfrau Louise Keutra geb. Masarath als Leiche gefunden. Ein Schlagfluß hätte den Tod herbeigeführt.

* a. Aus den Erläuterungen, welche dem dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Etat pro 1875 beigegeben sind, entnehmen wir das Nachstehende, auf unsern Hafen und den König-Wilhelm-Kanal Bezug habende: Hafenanbauten in Memel 1,050,000 Mark. Der einzige, bisher im Memeler Hafen

stationirte Dampfbagger reicht nicht aus, um die erforderliche Tiefe im Seegatt, im Haff und im Hafen herzustellen, die Anschaffung eines zweiten, größern Dampfbagger-Apparats, welcher im Seegatt ein Fahrwasser von 22 Fuß zu erhalten vermag, stellt sich als Bedürfnis dar; dazu gehören 8 Prähme außer dem Bagger selbst. Die Kosten für letzteren sind 186,000 Mk., die für ersteren zu je 15,000 Mk. = 120,000 Mk. Die Weiterführung der Nordermole erfordert 225,660 Mk., wozu noch 35,000 Mk. zum Ankauf von Steinmaterial treten. Am südlichen Ballastplatz muß das verfallene Wohlwerk ersetzt und Vorjorge getroffen werden, die Zahl der Bösch- und Ladestellen zu vermehren; an derselben Stelle muß auch tiefer gebaggert werden, so daß die ganze Anlage 99,000 Mk. kostet. In Bearbeitung befindet sich das Project zur Verlängerung der Südermole, wofür die Kosten auf 600,000 Mk. geschätzt sind. Behufs schnellerer Fortführung der Baggerarbeiten im Hafensassin zu Schmelz und zur Erhaltung des Fahrwassers im König-Wilhelm-Kanal, Memonen, Deime und Pregel bedarf es eines Dampfbootes zum Schleppen der Baggerprähme. Der Transport derselben durch Treidelperde oder Stangen geht so langsam, daß die Anschaffung von 13 neuen Prähmen erforderlich wäre, um den Bagger in beständiger Thätigkeit halten zu können, auch der Betrieb stellt sich bedeutend billiger. Durch die in Anlag gebrachte Gesamtsumme von 1,050,000 Mk. sollen die beiprognostischen Herstellungen im Jahre 1875 theilweise ausgeführt werden. König-Wilhelm-Kanal 18,000 Mk. Nachdem der Kanal im September 1873 dem Verkehre übergeben worden war, wurde zur Herstellung der Molos, zur Anlage des Holzhafens an der Schmelzstelle und zur Beendigung sonstiger Arbeiten noch ein Bedarf von 65,847 Thlr. berechnet. Der vorjährige Etat hat davon den Betrag von 60,000 Thlr. bereit gestellt und ist darnach der Restbetrag rund mit 18,000 Mk. in den diesjährigen Etat aufgenommen.

Schiffs- und Handelsnachrichten.

Schiffsnachrichten. Norma — Bernerker — 27. 10. 1874 Savanna, 16.1 Helsingbr., 27.1 Riban eingelaufen; Alles wohl.

Marktbericht.

Memel, 27. Januar. Weizen, Neuschffel pro — Pfd. — Mt. Roggen, Neuschffel pro 75—80 Pfd. 6—6,25 Mt. Gerste, Neuschffel pro 70 Pfd. 6 Mt. Hafer Neuschffel pro 50 Pfd. 4,50 Mt. Erbsen, weiße, pro Neuschffel — Mt. Erbsen, graue, pro Neuschffel — Mt. Kartoffeln pro Neuschffel 2,70 Mt. Stroh pro Ctr. 2 Mt. Heu pro Ctr. 3,75 Mt. Rindfleisch, Keule pro Pfd. 60 Pf. Rindfleisch, Bauchfleisch pro Pfd. 40 Pf. Kalbfleisch pro Pfd. 35 Pf. Schweinefleisch pro Pfd. 45 Pf. Hammelfleisch pro Pfd. 40 Pf. Speck pro Pfd. 65 Pf. Butter pro Pfd. 1 Mt. Eier pro Schock 3,50 Mt. Flachz pro Ctr. 33,50 Mt. Holz, hrt., Kloben pro 10 Cbhm. 66 Mt. Holz weiches, pro 10 Cbhm. 54 Mt. Papierrubel 2,84 Mt.

Antlicher Königsberger Börsenbericht.

Königsberg, 26. Januar. (Producten-Bericht.) Weizen loco still, hochbunter per 1000 Kil. 130/31pfd. 171 1/2 Mt. bez., 130pfd. 179 Mt. bez., 180 Mt. bez., 184 1/2 Mt. bez., 132pfd. 182 1/2 Mt. bez.; bunter loco per 1000 Kil. 129pfd. 167 Mt. bez.; rother loco per 1000 Kil. 129pfd. 171 1/2 Mt. bez., 173 1/2 Mt. bez.; russischer 126/27pfd. 173 Mt. bez. — Roggen unverändert, loco inländischer per 1000 Kil. 120/21pfd. 137 Mt. bez., 122/23pfd. 138 Mt. bez., 123/24pfd. 149 Mt. bez., 125pfd. und 125/26pfd. 142 1/2 Mt. bez., 127/28pfd. 144 Mt. bez.; russischer loco per 1000 Kil. 114pfd. 131 1/4 Mt. bez., 115/16pfd. 132 1/2 Mt. bez., 117pfd. und 119pfd. 133 1/4 Mt. bez., 120/21pfd. 136 Mt. bez., 122/23pfd. 136 1/2 Mt. bez.; pro Januar — Mt. Br., — Mt. Gd.; pro Frühjahr 141 Mt. Br., 139 Mt. Gd.; pro Mai-Juni 141 Mt. Br., 139 Mt. Gd. — Gerste loco große per 1000 Kil. 154 1/2 Mt. bez.; loco kleine per 1000 Kil. 154 1/4 Mt. bez. — Hafer loco per 1000 Kil. 154 1/2 Mt. bez.; russischer loco per 1000 Kil. 151 Mt. bez., 153 Mt. bez.; 154 Mt. bez.; pro Januar — Mt. Br. — Mt. Gd.; pro Frühjahr 164 Mt. Br., 160 Mt. Gd.; pro Mai-Juni — Mt. Br., — Mt. Gd. — Erbsen flau, loco weiße per 1000 Kil. — Mt. bez.; graue loco per 1000 Kil. — Mt. bez.; mittel loco per 1000 Kil. — Mt. bez.; ordinäre loco per 1000 Kil. — Mt. bez. — Hübsaat loco per 1000 Kil. — Mt. bez. — Dotterfaat loco per 1000 Kil. — Mt. bez. — Buchweizen loco per 1000 Kil. — Mt. bez. — Buchweizengrüne loco per 50 Kil. — Hanfsaat loco per 50 Kil. — Kleesaat loco rotte per 50 Kil. — Weizen weiße per 50 Kil. — Erymotheum loco per 50 Kil. — Müßel loco ohne Faß per 50 Kil. — Leinöl loco ohne Faß per 50 Kil. — Rübsaden loco per 50 Kil. — Leintuchen loco per 50 Kil. Spiritus-Bericht. Spiritus loco ohne Faß per 100 Litres

pro 100%, Fralles und in Posten von mindestens 5000 Litres, loco ohne Faß nicht gehandelt; pro Januar bis März 56 Mt. 50 Pf. bez.; pro Frühjahr 59 Mt. bez. NB. Die eingetammerten Zahlen zeigen die Preise in Mark u. Pfennigen für Weizen pro 85pfd. — Roggen pro 80pfd. — Gerste, Feinfaat und Buchweizen pro 70pfd. — Hafer pro 50pfd. — Erbsen, Bohnen, Weizen pro 90pfd. — Hübsaat und Dotterfaat pro 72pfd. an und sind nicht amtlich notirt. Spiritus-Bericht (nicht amtlich) vom 26. Januar. Spiritus pro 10,000 Liter 1/2 excl. Faß loco ohne Zufuhr, Termine lustlos, loco 57 Mt. Br., 55 1/4 Mt. Gd., — Mt. bez.; pro Januar 56 Mt. Br., 55 1/4 Mt. Gd., — Mt. bez.; pro Januar-März 57 1/4 Mt. Br., 56 1/4 Mt. Gd., 56 1/2 Mt. bez.; pro Frühjahr 59 1/2 Mt. Br., 58 1/2 Mt. Gd., 59 Mt. bez.; pro Mai-Juni 60 Mt. Br., 59 1/2 Mt. Gd., — Mt. bez.; pro Juni 61 Mt. Br., 60 1/2 Mt. Gd., — Mt. bez.; pro Juli 62 Mt. Br., 61 1/2 Mt. Gd., — Mt. bez.; pro August 63 1/2 Mt. Br., 62 1/2 Mt. Gd., — Mt. bez.; pro September 64 1/2 Mt. Br., 63 1/2 Mt. Gd., — Mt. bez.

Berliner Börse.

Berlin, 25. Januar. Die matte Haltung des gestrigen Privatverkehrs schloß mit geringfügigem Angebot, unter welchem Rheinische und Credit-Actien am meisten litten. Heute setzten die leitenden Papiere wiederum beträchtlich niedriger ein und in Credit u. Lombarden, Rheinischen und Köln-Mindenern entwickelte sich ziemlich lebhafter Verkehr. Als Grund dieser starken Ermattung bezeichnete man Credit-Kündigungen und Nachschußforderungen seitens der Seehandlung und verschiedener Privatbanken. Allerdings durften die andauernden Rückgänge dergleichen Maßregeln in hohem Grade nötig machen. Auch wurde durch eine Londoner Depesche der Montenegroischen Angelegenheit mehr Bedeutung als bisher beigelegt. Doch war der Schluß eine Kleinigkeit besser. Wir notiren: Franzosen 535,50—4,50, Lombarden 232—1,50, Credit-Actien 406—3,50, Deutscher Papierrente 63,80, Türken 41,55, Consols 105,70, Disconto-Commandit-Anteile wurden per Ultimo zu 158—157,50—158 gehandelt, Dortmundener Union blieb zu 30 1/4—1/2—1/4 fest, Laurahütte schwankte zwischen 125 1/2—4 1/2—5 1/4 bei stillem Verkehre. Abgesehen von den speculativen Devisen hielten sich Eisenbahnen ziemlich gut, besonders Potsdamer und Stettiner, sowie leichte Bahnen. Doch die Mehrzahl der schweren Papiere gab nach. Banken und Industrie-Papiere ermatteten oder blieben geschäftlos. Für Spiritusantworte und Berliner Handels-Gesellschaft, für Rhön, Westend und Flora entwickelte sich etwas reger Verkehr. Fonds und Prioritäten still, Renten angeboten, besonders Italiener und Türken. Das Prolongationsgeschäft blieb bei starkem Stückelüberschuß und bedeutend; Geld flüssig.

Berlin, den 27. Januar.

Amsterdam, 100 fl. 2 Monate	R. = M. 173,25
London, 1 Pfr. 3 Monate	= 20,205
London, 1 Pfr. 8 Tage	= 20,455
Belgische Plätze, 100 Francs. 2 Monate	= 80,99
Paris 100 Francs. 10 Tage	= 81,45
Versailles, 100 S.-R. 3 Wochen	= 281,60
do 100 S.-R. 3 Monate	= 279,50
Russ. Noten	= 284,40
Russ. Prämien-Anleihe von 1864	= 169,50
do. do. von 1866	= 169,25
4% Österreich. Pfandbriefe	= 95,45
Roggen loco	= 156
Hafer loco	= 177
Spiritus loco	= 54,6

Telegraphischer Witterungsbericht

vom 27. Januar Beobachtungszeit Morgens von 6—8 Uhr.

Ort.	Barom. Baril. R.	Temper. R.	Wind.	Allgem. Himmelsausicht.
Memel	338,3	-3,2	N.D. mäß.	bed., N. Schnee.
Helsingfors	341,4	-12,3	N. jäh.	heiter.
Petersburg	340,5	-15,0	N.D. still	heiter.
Stockholm	341,9	-14,2	N. still	Nebel.
Helsingborg	332,6	-5,7	N. schw.	trübe.
Königsberg	337,8	-6,6	N.D. stark.	bedeckt.
Danzig	338,0	-2,4	Sturm.	bedeckt.
Buttus	340,6	-6,2	N.W. schw.	bed., g. Schnee.
Cöslin	341,8	-2,2	N. mäß.	bedeckt.
Stettin	339,6	-1,9	N. g. D. m.	bed., g. Schnee.
Helmstedt	342,2	-0,2	S.D. schw.	bed.
Berlin	340,7	-4,4	N.W. mäß.	bew., gef. Schnee.
Cöln	334,9	-2,5	S.D. m.	heiter.
Paris	342,1	-0,9	S.D. schw.	trübe.

Für den folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.

(Inserat.)

Heute

Vorlesung des Herrn Rector Goerth.

(Inserat.)

Dank

den wenigen Bürgern, welche bei eintretender Glätte immer ihre Schuligkeit thun, aber unnachsichtliche Denunciation von morgen an, allen Denjenigen, welche hartnäckig ihre Pflicht verläumen! Ein Bürger.

Anzeigen.

Heute Mittag 12 Uhr wurde uns ein Knabe geboren.

Damerau und Frau.

Schmelz, den 26. Januar 1875.

Todes-Anzeige

Heute früh 8 1/2 Uhr entschlief nach längerem Leiden unser vielgeliebter Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Bruder, der Kaufmann Franz Eduard Ditto im noch nicht vollendeten 67sten Lebensjahre. Dieses statt besonderer Meldung allen Theilnehmenden.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Memel, den 27. Januar 1875.

Abschieds-Compliment.

Bei meiner Abreise zum Militär sage ich allen Freunden und Bekannten ein herzlichstes Lebewohl. Gustav Schütz.

Memel, den 26. Januar 1875.

Die dem Arbeitsmann Carl Szonn zugefügte Verleumdung nehme ich hiemit zurück und leihe Abbitte. Julius Venning.

Donnerstag, den 28. d., Abends 8 Uhr, **medizinisches Kränzchen.**

Armen-Unterstützungs-Verein zur Verhütung der Bettelei.

Schiedsmann Herr C. J. Carsjens hat aus der Bergleichsache C. contra K. 1 Thaler, Kaufmann Herr W. Schueler 12 Sgr. aus einer Klagesache zur Vereinstaffe gezahlt, worüber dankend quittirt.

Der Vorstand

Kaufmännischer Verein.

Heute Abend 8 Uhr,

im Fischer'schen Saale,

Vereins-Tag.

Vorlesung: Geschichte der Aelien. Fragekasten. Der Vorstand.

Theater-Anzeige.

Freitag, 29. Januar. Zum 1. Male: „Im großen Jahre,“ oder „Eine Eroberung im Claf“, Schauspiel in 4 Akten von Kitting. **H. Lincke.**

ERNST'scher Gesangverein.

Die Uebung dieser Woche fällt aus. Der Vorstand.

Die Herren Rector Goerth, Oberlehrer Salkowsky und Gymnasiallehrer Engelbrecht werden die Güte haben, im Interesse unseres Vereins

drei Vorlesungen

zu halten, welche im Januar, Februar und März im **Victoria-Saale** stattfinden werden. — Das Billet an der Kasse kostet 10 Sgr. Vorher sind bei den Herren Wilh. Fischer und J. Seiffert Billette à 7 1/2 Sgr. zu haben. Schülerbillette 5 Sgr.

Wir bitten um recht rege Theilnahme. **Der Vorstand des Armen-Unterstützungs-Vereins zur Verhütung der Bettelei.**

Rudat. Hein. B. Kundt. Dr. Rül. Riechert. H. E. Hamann.

Die erste Vorlesung findet am

Donnerstag, den 28. Januar e., Abends 8 Uhr

statt. Herr Rector **Goerth** wird über die klassische und romantische Tragödie der Franzosen lesen.

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. — Der Saal wird geheizt.

Inserate in sämtliche hiesige und auswärtige Zeitungen, Fachblätter, Coursbücher, Kalender etc. zu den festen Tarifpreisen.

Haasenstein & Vogler,
Annoncen-Expedition.

Gewahrung aller zulässigen Vergünstigungen. — Auskunfts-ertheilung sowohl als Annahme v. Offert-briefen gratis.

Ein eleganter Altdeutscher Damenanzug zu vermieten. 2. Fischerstraße No. 2., am Ballastplatz.

Maskenball.

Am 30. d. M. findet der von mir arrangirte Maskenball bestimmt statt. Der Bohndiener Barshat wird in diesen Tagen die Subscriptionsliste den geehrten Herrschaften zur gefälligen Unterschrift vorlegen.

Der Ball soll ebenso elegant als interessant ausfallen, und, da mir der größte Theil meiner Mitglieder die Mitwirkung zugesagt, auch Abwechslung bieten.

Eine Woche vorher steht im Theaterfaale eine vollständig neue Maskengarderobe dem geehrten Publikum zur Ansicht. Auch werden Bestellungen auf elegante Costüme angenommen und ausgeführt.

Der Preis eines Familienbillets für 3—4 Personen ist 4 1/2 Mark, ein einzelnes Bilet für Herren 3 Mark wie im vorigen Jahre.

Eine Liste liegt auch in meiner Wohnung, Bäckerstraße Nr. 3 parterre aus.

Hochachtungsvoll
H. Lincke.

Vaterländischer Kreis-Frauen-Verein.

Einige sehr geehrte Herren werden die Freundlichkeit haben, zum Besten der bekannten wohlthätigen Zwecke unseres Vereins wissenschaftliche Vorträge zu halten und wird Herr Dr. Unruh gütigst **Donnerstag, am 4. Februar**, Abends 8 Uhr, im Logen-Saale damit beginnen. Das Thema und das Nähere wird später bekannt gemacht werden.
Der Vorstand.

Nach Försterei ausgezeichnete Schlittbahn und gut geheizte Zimmer bei
F. Lippke.

Neue Bade-Anstalt

wird ein tüchtiges ordentliches Mädchen zur Bedienung der Gäste gebraucht. Meldungen daselbst von 2—4 Uhr Nachmittags.

Anzeigen

für das

„Memeler Kreisblatt“ werden entgegen genommen in der Buchdruckerei und lithographischen Anstalt von
F. W. Siebert.

Memel, den 27. Januar 1875.

Montag, den 1. Februar, 10 Uhr Vormittags, sollen an dem Plantagenwege, jenseit des Leuchtturmes, ca. 30 **Raummeter Etern-Direkt-Knüppelholz** und ca. 40 **Saufen Spross**, meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu Kauflustige eingeladen werden. Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Öffentliche Arbeiten.

Behufs Ermittlung von Unternehmern:
1. zur Ausführung der Pflasterarbeiten der Sect. III. von Stat. Nr. 88. bis Nr. 122 rot. 1700 M lang des Straßenaues Memel-Schmelz veranschlagt auf 3818 Mark;
2. zur Lieferung von rot 185 Cbm Kies für dieselbe Strecke, veranschlagt auf 277,50 M. ist ein Submissions-Termin auf

Sonnabend, den 30. Januar c., Vormittags 12 Uhr,

im Geschäftszimmer des Unterzeichneten anberaumt.

Die Submissions-Bedingungen nebst Auszug aus dem Kosten-Anschlage liegen im gedachten Lokale zur Einsicht aus.

Die Offerten sind den Bedingungen entsprechend für jedes der bezeichneten Loos getrennt abzugeben.

Memel, den 17. Januar 1875.

Der Kreisbaumeister
Meyer.

Londoner Phönix Feuer-Assecuranz-Societät,

gegründet 1782

mit solidarischer Haftbarkeit der Actionaire, in Deutschland vertreten seit 1786 durch die unterzeichneten General-Bevollmächtigten.

Wir beehren uns hierdurch anzuzeigen, daß wir dem Herrn **Louis Müller** in Memel eine General-Agentur der **Londoner Phönix Feuer-Assecuranz-Societät** für den Kreis Memel übertragen haben und ist derselbe zum Abschluß von Versicherungen und rechtsgültiger Ausfertigung von Policen ermächtigt.

Hamburg und Altona, 1. Januar 1875.

Hanbury & Co.,

General-Bevollmächtigte.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Anzeige der Herren **Hanbury & Co.** empfehle ich mich zum Abschluß von Versicherungen für obige Gesellschaft.

Louis Müller,

General-Agent der Londoner Phönix Feuer-Assecuranz-Societät.

Morgen **Donnerstag Fortsetzung der Auction breite Straße 28.** Unter Anderem kommt zur Versteigerung ein Sattelzeug und eine große Wolfspejzede.

Freitag, den 29. Januar, Vorm. 11 Uhr, sollen aus dem neben der Flachswaage liegenden Schiffe „**Emma Johanna**“

ca. 2000 Hectoliter **Suller Maschinenkohlen** in beliebigen Posten in öffentlicher Auction durch mich verkauft werden.

C. H. Froben, Mäkler.

Freitag, den 29. d. M., Vormittags 9 Uhr, sollen beim Eigenkätner **A. Seigis** in Zeipen-Gerge 2 Schweine, 7 Schafsfelle und 1 Schaf meistbietend gegen baare Bezahlung durch mich verkauft werden.

Tennigkeit, Landreiter.

Freitag, den 29. Januar, Vormittags 9 Uhr, sollen Schlenies-Straße No. 23 eine Partie **Anie- und Bolzen-Eisen, Wanzten und mehreres Lanwerf** sowie mehrere andere Gegenstände in öffentlicher Auction verkauft werden.

Bekanntmachung.

Am **30. d. Mts.,** Nachm. 2 Uhr, soll hinter dem Leuchtturme am See-Strande ein fichtener Balken und an demselben Lage, Nachmittags 3 Uhr, auf Dommels-Bitte bei Eigenkätner **Martin Jandkems** ebenfalls ein fichtener Balken gegen sofortige baare Bezahlung durch mich meistbietend verkauft werden.

Memel, den 26. Januar 1875.

Bublitz,

Kreisgerichts-Exeutor.

Auction. **Montag, den 1. Februar,** Vormittags 10 Uhr, sollen Löpferstraße Nr. 18 im Werner'schen Hause, direct von Bordeaux bezogene

15 Kisten und Körbe, enthaltend:
9 Sorten 199 Fl. rothe und weiße Weine,
3 = 62 = Cognac,
3 = 36 = Champagner,
4 Säcke ca. 10 Scheffel Probsteier-Saat-Weizen in öffentlicher Auction à tout prix durch mich verkauft werden.

C. H. Froben, Mäkler.

Bestellungen

auf **trockene Kopfklöze und Dielenenden** mit **Anfuhr** nimmt entgegen
H. Lundgreen.

Meinen werthen Kunden zur gefälligen Nachricht, daß ich das Arbeiten auf Bestellung mit dem **1. Februar** cr. einstelle, jedoch mein Ladengeschäft bis auf weiteres fortsetze und somit mein wohlsortirtes Lager selbstgefertigter Arbeiten zu ermäßigten Preisen zum Ausverkauf stelle. Gleichzeitig meiner geschätzten Kundschaft für das erwiesene Wohlwollen besten Dank sagend, zeichne

Achtungsvoll
G. Stoltzke.

Ein Kommodenaufsatz, 1 kleiner Eßschrank, 1 weißer Küchenschrank und 1 kl. polirter Tisch sind billig zu haben **breite Straße No. 7.**

Zum Maskenball

empfiehlt

billige Sammete und Blumen.

W. Sonntag, Borsenstr. 1—4.

Schottische

Maschinen-Kohlen

aus dem Schiffe mit und ohne Anfuhr empfiehlt

H. Lundgreen.

Um zu räumen werden eine Partie **Dielenenden** von 6—11 Fuß, wie auch **Braakplanten** und **Dielen** billig verkauft.

Poll'scher Platz,

Contre-Escarpe 2.

Eine sehr alte **gute Violine** ist zu verkaufen **breite Straße No. 7.**

Brennholz.

Eichen-Alophenholz, ist billig zu haben auf dem **Deggm'schen Platz.**

Ein gut erhaltener **brauchbarer Wasser-Filterer** wird zu kaufen gesucht **Wittventstifts-Gasse No. 2.**

Ein tüchtiger **Geschäftsmann** sucht von sofort in irgend einem Comtoir Beschäftigung. Adressen in der Expedition d. Bl. erbeten.

Gesucht wird zum **1. April** eine gute **Pension** für zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen von 9 bis 12 Jahren. Gefällige Adressen und Bedingungen werden unter **S. B. 7** in der Exped. d. Bl. erbeten.

Einen **Burschen** sucht
F. A. Kohn, Segelmacher.

Eine gesunde **Amme** kann sich melden **Polangenstr. No. 43.**

Eine gesunde **Amme** kann sich sofort melden **Hospitalstraße 10 u. 11.**

Ein **Dienstmädchen** wird zum **1. Februar** d. J. gebraucht. Zu erfragen **Holzstraße No. 30, oben.**

Eine **Aufwärterin** wird gesucht **Fischerstraße 4, unten rechts.**
Ein möbl. Zimmer ist **Grabenstr. 16** z. haben.

Zwei Ladenlokale

nebst einer Wohnung, Stallungen u. hat vom **1. Mai** c. ab zu vermieten

J. G. Walter in Hendetrug.

Eine untere Wohnung bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Keller, Waschküchen, Pumpe und sonstigen Bequemlichkeiten ist von sofort zu vermieten und zu beziehen **Kettenstraße 8.**

Memel, den 27. Januar 1875.

Bekanntmachung.

Nach einem Berichte des Deutschen Consulats **Einbau** in Bayonne an Se. Excellenz den Herrn Handels-Minister haben die Karlisten schon seit längerer Zeit alle Leuchtfeuer vom Kap Figuer bis Sanlona, insbesondere auch das wichtige Feuer auf Kap Nachichao ausgelöscht.

Königl. Hafen-Polizei-Commission.

Bekanntmachung.

In der Depositalkasse des diesseitigen Gerichts befinden sich folgende von den Eigenthümern noch nicht abgehobene Bestände:

1. 8 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. Erbtheil der Geschwister **Auguste Wilhelmine** und **Gulda Margaretha Rastafowski**, Kinder des Grenz-Aufsichters **Friedrich Rastafowski**.
2. 25 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Erbtheil der Geschwister **August, Adolph, Franz, Theodor, Carl, Friederike, Pauline** und **Henriette Thalmund**.
3. 21 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf. Vermögen der Seelente **Carl Heinrich Niebert** und **Johann Friedrich Rudolph Niebert**.
4. 1 Thlr. 27 Sgr. erstrittene Forderung der unverehelichten **Esther Groll**.
5. 1 Thlr. 8 Sgr. Erlös aus dem Ver-
6. 20 Sgr. / kaufgefundener Sachen
7. 132 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf. Erbtheil des **Eduard Braun**.
8. 226 Thlr. 17 Sgr. Erbtheil der Wittve **Mary Brege** geborne **Gradowy** und der Geschwister **Amalie Bertha, Robert Thomas, Richard Friedrich Wilhelm** und **Mary Bertha Supplies**.

Die Eigenthümer dieser Gelder resp. deren Rechtsnachfolger werden davon in Kenntniß gesetzt, daß jene Bestände bei ferner unterblebender Abforderung aus der Depositalkasse gemäß Anh. § 391 A. O. D. Zbl. I Lit. 51 zur allgemeinen Justiz-Offizianten Wittwenkasse abgeführt werden sollen.

Memel, den 22. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht.
Erste Abtheilung.

Publicandum.

Nachdem in dem Concurse über das Vermögen des Kaufmanns **Albert Daehncke** (Firma **J. C. Daehncke & Söhne**) zu Memel, der Gemeinsschuldner die Schließung eines Affords beantragt hat, ist zur Erörterung über die Stimmberechtigung der Concursgläubiger, deren Forderungen noch nicht geprüft oder in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig geblieben sind, ein Termin auf

den 6. Februar cr.,

Vorm. 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Commissar, im Terminszimmer No. 18., 19. anberaumt worden. Die Beteiligte, welche die erwähnten Forderungen angemeldet oder bestritten haben, werden hieron in Kenntniß gesetzt.

Memel, den 23. Januar 1875.

Königl. Kreisgericht.
Der Commissar des Concurres.

Memel, den 18. December 1874.

Bekanntmachung.

Der Schiffskapitain **Carl Albert Lindenstrauß** und die **Louise Wilhelmine Lenzer**, letztere im Beistande ihres Vaters des Maurermeisters **Friedrich David Lenzer** von hier, haben durch den Vertrag vom **17. December** d. J. die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes in ihrer künftigen Ehe aus-geschlossen und dem Vermögen der Frau die Eigenschaft des Vorbehaltenen beigelegt.

Königliches Kreis-Gericht.
Zweite Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter No. 592 der Kaufmann **Michael Friedrich Kan-schus**, Ort der Niederlassung: Memel, Firma: **F. Kan-schus** eingetragen zufolge Verfügung vom **25. Januar 1875**, am heutigen Tage.

Memel, den 25. Januar 1875.

Königl. Kreisgericht.
Handels- und Schifffahrts-Deputation.

Memel, den 23. Januar 1875

Bekanntmachung.

Wir machen das Publikum darauf aufmerksam, daß Reklamationen gegen die Ver-anlagung zur Klassensteuer nicht bei dem unterzeichneten Magistrat, sondern bei dem hiesigen **Königl. Landrathsamte** bis zum **20. März c.** anzubringen sind.
Der Magistrat.

Druck u. Verlag von **F. W. Siebert** in Memel.
Verantwortlicher Redacteur **Dr. Rühl** in Memel.
Beilage.

Deutscher Reichstag.

52. Plenarsitzung, Montag, 25. Januar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11¹/₂ Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, Dr. Friedberg, v. Rieder, Dr. v. Möller, Meinicke u. A. Tagesordnung: I. Abstimmung über den Gesekentwurf wegen Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1872 betreffend die Französischen Kriegskosten-Entscheidung.

Der Gesekentwurf wird definitiv genehmigt.

II. Abstimmung über den Gesekentwurf über die Verkündung des Personenstandes und die Eheschließung. — Derselbe wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 72 Stimmen definitiv genehmigt. Dagegen nur das Centrum, einige Conservative die Abgg. von Ostfisch-Wallwitz und v. Kömmerich. Die Abgg. Ackermann und Günther (Sachsen) enthielten sich der Abstimmung.

III. Erste und zweite Verathung des Gesekentwurfs betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts-Etats und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1874.

Der Gesekentwurf lautet: „Die Kontrolle des gesammten Haushalts des Deutschen Reichs, sowie des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen wird für das Jahr 1874 von der Preussischen Abrechnungskammer unter der Benennung „Rechnungshof des Deutschen Reichs“ nach Maßgabe der im Gesetze vom 4. Juli 1868 über die Kontrolle des Bundeshaushalts enthaltenen Vorschriften geführt.“ Abg. v. Vanda richtet an die verb. Regierungen die dringende Bitte spätestens im nächsten Jahre die Frage wegen Errichtung des Rechnungshofs des Deutschen Reichs zum Abschluß zu bringen.

Auf den Antrag des Abg. Michert, der einen Abänderungsantrag in Aussicht stellt, wird die zweite Verathung auf einige Tage ausgesetzt. — Es folgt:

IV. Zweite Verathung des Bankgesetzes.

Referent Abg. Dr. Vamberger leitet die Debatte mit einigen Worten ein, indem er zunächst auf die erhebliche Majorität hinweist, welche die veränderte Vorlage in der Commission gefunden; es sei dieser Umstand von um so größerer Bedeutung, als bei der ersten Verathung die Ansichten der einzelnen Mitglieder über diese Vorlage so weit auseinandergegangen, daß man mit vollem Rechte sagen konnte: „So viel Köpfe, so viel Sinne! Persönlich sei ihm ferner entgegengehalten worden, daß dieses Gesetz mit übermäßiger Eile beschleunigt werde. Dem sei jedoch nicht so, höchstens könnte man gegen die Bestimmungen über die Errichtung einer Reichsbank diesen Vorwurf erheben, aber auch diese hätten für die Grundlage des Gesetzes nicht mehr Bedeutung, als wenn in einem großen Gebäude eine Wand bei Seite geschoben werde, denn schon in der ursprünglichen Vorlage sollte der nötige Raum für die Reichsbank geschaffen werden. Die Commission habe nichts weiter gethan, als den Zeitpunkt abgekürzt, und diesen schon jetzt in das Gesetz eingefügt. Man könne daher nicht von Ueberleistung sprechen.“

Titel I. Allgemeine Bestimmungen §§ 1—3 werden nach den Beschlüssen der Commission genehmigt.

Den Absatz des § 4. beantragt Abg. Spielberg wie folgt zu fassen: „Jede Bank ist verpflichtet, ihre Noten sofort auf Präsentation zum vollen Nennwerthe einzulösen. Auch müssen ihre Noten nicht nur an ihrem Hauptstze, sondern auch bei ihren Zweiganstalten jederzeit zum vollen Nennwerthe in Zahlung angenommen werden.“

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen, im Uebrigen aber § 4 unverändert genehmigt.

Die §§ 5—8 werden ohne Debatte angenommen.

§ 9 lautet: „Banken, deren Notenumlauf ihren Vorrath und denen ihnen nach Maßgabe der Anlage zugewiesenen Betrag übersteigt, haben von dem Ueberschusse eine Steuer von jährlich Fünft von Hundert an die Reichskasse zu entrichten. Als Vorrath gilt bei Feststellung der Steuer der in den Kassen der Bank befindliche Betrag an koursfähigem Deutschen Gelde, an Reichskassenscheinen, an Noten anderer Deutschen Banken und an Gold in baaren oder ausländischen Münzen, das Pfund sein zu 1392 Mark berechnet. Ertlich die Befugniß einer Bank zur Notenausgabe (§ 49), so wählt der derselben zustehende Antheil an dem Gesamtbetrage des der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlaufs dem Antheile der Reichsbank zu. Zu diesem § liegen verschiedene Amendements vor. Es beantragen:

1. Abg. v. Karborff in der Anlage zu § 9 (welche ein Verzeichniß der Banken und die Höhe der von denselben in Umlauf zu setzenden ungedeckten Noten enthält), sub. Nr. 1 Reichsbank statt 250,000,000 Mk. zu setzen: 300,000,000 Mk.“

2. Abg. Mosle bei derselben Nummer statt 250,000,000 Mark zu setzen „350,000,000 Mk.“

3. Abg. Parisius; im § 9 hinter dem Worte „Notenumlaufs“ einzuschreiben: „zur Hälfte.“

4. Abg. Rohland: a. principaliter § 9 Absatz 2 zu streichen; b. eventualiter im Absatz 2 nach den Worten „ungedeckten Notenumlaufs“ einzuschreiben: „zur Hälfte.“

5. Abg. Dr. Georgi: a. in der Anlage zu § 9 bei der Reichsbank statt 250,000,000 Mk. zu setzen: 300,000,000 Mk., b. im § 9 folgenden Absatz 2 aufzunehmen: „Einer jeden der unter 2—12 und 14—33 der Anlage aufgeführten Banken werden auf das Jahr 1876 noch 20 Prozent und auf das Jahr 1877 noch 10 Prozent des ihr nach der Anlage zustehenden Betrages von dem der Reichsbank zustehenden Betrage zugewiesen.“

6. Abg. Ackermann u. Gen. in der Anlage zu § 9 zu setzen: Nr. 12, Frankfurter Bank (statt 10,000,000 Mk.) 15,000,000 Mk., Nr. 14, Sächsische Bank zu Dresden (statt

16,771,000 Mk.) 20,000,000 Mk., Nr. 15 Leipziger Bank (statt 5,348,000 Mk.) 10,000,000 Mk., Nr. 24 Braunschweigische Bank (statt 2,829,000 Mk.) 4,948,000 Mk. und demgemäß in der Summe statt 385,000,000 Mk. zu setzen 400,000,000 Mk.“

7. Abg. Dr. Zellkampff: statt der §§ 9, 17 u. 44 Nr. 3 als Uebergangsmaßregel zur vollen Vaardeckung des Notenumlaufs zu setzen; „Die Bank (Reichsbank im § 17) ist verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit während der ersten 5 Jahre nach Erlaß dieses Gesetzes eine baare Metalldückung der Noten von 50 Prozent, während der folgenden fünf Jahre von 75 Prozent und nach Ablauf von 10 Jahren volle Vaardeckung in ihren Kassen bereit zu halten.“

Referent Abg. Dr. Vamberger entwirft ein, wie er versichert, möglichst objectives Bild von den Verhandlungen der Commission und die Gründe, welche die Commission bestimmt haben, sich für die festgesetzten Grenzen zu entscheiden.

Abg. Dr. Lasker ist der Ansicht, daß man in unregelmäßigen Zeiten — man müsse hier bei dieser Frage zwischen regelmäßigen und unregelmäßigen Zeiten entscheiden 4—5 Prozent für die ungedeckten Noten und die durch diese Steuer veranlaßte Diskontoverhöhung, zu Klagen keine Veranlassung geben werden, Schaden würden auch nur die Geschäftsvermittler haben, die bei Steigung des Diskonts weniger verdienen könnten. In der Commission habe er deshalb auch auf der strengeren Seite gestanden, aber das sei keineswegs geschehen aus Uebelwollen gegen die Industrie oder gegen irgend einen andern Erwerbszweig. Aber daran müsse er festhalten, daß der Staat die Pflicht habe, nicht allein einem einzelnen Erwerbszweig zur Seite zu stehen, sondern er müsse überall die Harmonie und das Nebeneinandergehen aller Erwerbszweige im Auge behalten. Die Thätigkeit der gesammten Nation müsse als gleichmäßig berechtigt anerkannt werden und deshalb er auch immer und überall entgegengetreten, wenn eine Politik sich mehr zu Gunsten eines einzelnen Erwerbszweiges hinzuneigen scheint. Deshalb halte er es auch für ein Uebel, wenn durch die Vermehrung der ungedeckten Noten für die Industrie, selbst gegen die Natur ihrer Geschäfte mehr Mittel geschafft und dadurch allen übrigen Erwerbszweigen ein unheilvoller Schaden zugefügt würde. Denn wenn 50 bis 100 Millionen über das Bedürfniß auf den Discontmarkt geworfen werden, so würde die Folge davon sein, daß die Industrie über ihre Kräfte hinaus sich des Geldes bemächtigt und dadurch Rückgänge herbeiführt. Deshalb glaube er, daß die Contingentirungslage mit der größten Vorsicht abzumessen seien, und dabei nur dem wirklich productiven Verkehr die nötigen Hilfsmittel zu Gebote gestellt werden. Um dies zu erreichen, müsse man nothwendiger Weise die Vergangenheit zu Rathe ziehen, wie weit in regelmäßigen Zeiten ungedeckte Noten in Umlauf gewesen, was man darüber hinaus thue, das sei vom Uebel und deshalb müsse er sich auch entschieden gegen jede Erhöhung erklären.

Abg. v. Karborff empfiehlt seinen Antrag wegen Erhöhung der Ziffer von 250 auf 300 Millionen der ungedeckten Reichsbanknoten, indem er entgegen den Debatteanten des Vorredners ausführt, daß die einzelnen Erwerbszweige gerade in unregelmäßigen Zeiten, wo Handel und Industrie schwer darniederliegen, am wenigsten im Stande sein, eine solche Steuer zu zahlen. Gerade mit Rücksicht hierauf sei die Erhöhung der Contingentirung dringend geboten. Das gegenwärtige Darniederliegen aller industriellen Geschäfte fordere mehr als je zum Nachdenken auf. Er finde den Grund dafür in unserer verkehrten Finanz- und Steuerpolitik, die er schon oft bekämpft habe. Man habe Deutschland zum Reservoir der Erzeugnisse der ganzen Welt gemacht, während die ganze übrige Welt sich durch Schutzölle u. s. w. von Deutschland abschließe. Er bitte deshalb seinem Antrage zuzustimmen.

Abg. v. Arnsh (Magdeburg) erklärt sich mit dem Abg. Lasker gegen jede Erhöhung der Contingentirungsziffer und bittet deshalb alle darauf gerichteten Amendements abzulehnen. Man möge die Bestimmungen dieses Gesetzes nicht dadurch illusorisch machen, daß man die Grenze des ungedeckten Notenumlaufs zu weit ziehe.

Bundes-Commissar Geheim Rath Dr. Michaelis erklärt sich ebenfalls gegen jede Aenderung des § 9. Er macht darauf aufmerksam, daß die bevorstehende Einziehung der kleinen Noten den Notenumlauf überhaupt wesentlich beschränken werde. Der Status dieses Notenumlaufs war am Schlusse des Jahres 1874 folgender: Die gesammten Noten aller Banken betragen 1325¹/₂ Millionen Mk., darunter Noten bis zu 10 Thlr. = 30 Mk., 248 Millionen Mk. Noten von darüber hinaus bis zu 100 Thlr. = 300 Mk., 291 Millionen Mk., zusammen 539¹/₂ Millionen Mk. Der Betrag an Noten, welcher in der Folge durch Gold ersetzt werden soll, würde noch höher sein, als der Abg. Lasker angenommen. Die Sicherheit des Verkehrs erfordere aber, daß die Hälfte der im Umlauf gesetzten Noten eine gedeckte sei. Je höher das Haus die Contingentirung greife, desto geringer werde die Deckung und desto unsicherer der Bestand der Banken. Die Vorstellung von dem Vorhandensein unbegrenzter Mittel führe zur Ueberhöhung der eigenen Kräfte, ebenso sei die Vorstellung, wonach mit Ablauf der alten Wechsel immer wieder neue geschaffen werden könnten, unhaltbar. Auf diesem Standpunkt stehe auch der Abg. v. Karborff, der der Ansicht ist, daß durch ungedeckte Noten der Industrie zu helfen sei. Der Credit an sich schaffe keine Mittel für die Industrie. Der Regierungs-Commissar bittet

schließlich das Haus, es bei der bisherigen Vorlage zu belassen.

Nachdem sodann noch Abg. Mosle sein Amendement zur Annahme empfohlen, wird die Sitzung auf morgen 11 Uhr vertagt. Tagesordnung: Fortsetzung der Verathung des Bankgesetzes. Schluß 4¹/₄ Uhr.

Der Commissionsbericht über das Reichs-Bankgesetz.

(Aus der 88ten Sitzg.)

Der Reichstag wird die letzten seiner dringendsten Aufgaben nun in wenigen Tagen beendet haben; das Reichs-Civilgesekgesetz ist von ihm in allen Paragraphen angenommen und nun hat die entscheidende zweite Lesung des Reichs-Bankgesetzes begonnen. Die Commission hat ihre Aufgabe leidlich günstig erledigt. Der durch den Abgeordneten Vamberger erstattete Commissionsbericht ist bereits vorgestern zur Vertheilung gekommen und ist durch Klarheit in der Darstellung aller Hauptzüge der Verhandlungen würdig seines sachkundigen und talentvollen Verfassers.

Die Commission liefert einen Entwurf, der ihren Instructionen, wie solche aus den dreitägigen Verhandlungen der ersten Lesung sich ergaben, in den beiden Hauptpunkten, für welche damals eine entschiedene Mehrheit unverkennbar war, entspricht. Eine Reichsbank, genügend ausgerüstet zu leitender Stellung, ist dem ursprünglichen bundesrätlichen Entwurf, in einer von den Regierungen bereits fast ganz gebilligten Form eingefügt, und die Contingentirung der Gesammtmenge des ungedeckten Notenumlaufs ist, wenigstens was das Princip angeht, aus dem ursprünglichen Entwurfe festgehalten. Mit diesen beiden Hauptpunkten ist, unseres Erachtens, der geeignete Grundstein für ein solides und tüchtiges Deutsches Bankwesen dargeboten — und an seiner in den eigentlichen Hauptfachen unveränderten nahen Annahme Seitens aller Factoren der Gesekgebung ist nicht mehr zu zweifeln.

Die unentbehrliche Reichsbank ist dem ursprünglichen Entwurf in der gewünschten Weise eingefügt, indem die im Ganzen bestens bewährte Preussische Bank an das Reich übergeben und eine über alle anderen Zettelbanken hinlänglich mächtige Stellung erhalten wird. Ueber die innerhalb der Commission vertretenen Ansichten in Betreff des Verhältnisses der Reichsbank zu den anderen Deutschen Zettelbanken belehrt uns der Bericht: „Die Auffassung, daß ein solches Central-Institut sofort oder auch in nächster Zeit auf die Höhe einer das ganze Zettelbankwesen im Reiche monopolisirenden Anstalt erhoben werde, fand von keiner Seite Unterstützung. Wiederholt erklärte zunächst der Präsident des Reichsfinanz-Amtes, daß den verbündeten Regierungen kein Gebante ferner liege, als derjenige, auf irgend einem Umwege das Lebensprincip der in Deutschland bestehenden Landesbanken im Großen und Ganzen gefährden zu wollen. Indem der Gesekentwurf ein Zusammenbestehen der künftigen Reichsbank mit den Einzelbanken in sein System aufgenommen habe, stehe er auch gänzlich und aufrichtig auf der Voraussetzung, daß diesen Banken die Möglichkeit einesgehobenen Weiterwirkens wenigstens für die Dauer, für welche gegenwärtiges Gesek gemacht werde, vergönnt sein müsse, und demgemäß seien in den einzelnen Bestimmungen überall die Veranlassungen so getroffen, daß den Landesbanken die Möglichkeit bleibe, ihre eigenen Interessen mit hinreichender Sicherheit zu wahren und denen des Publikums, welches auf sie angewiesen zu dienen.“ Ein Theil der Commissionsmitglieder aber betrachtete, wie bekanntlich auch wir, eine rein einheitliche Reichs-Notenbank als das Ziel und den einflussreichsten Fortbestand mehrerer Zettelbanken nur als ein nach der augenblicklichen Lage der Verhältnisse und Ansichten unvermeidliches vorübergehendes Zugeständniß, während andererseits auch nicht wenige Mitglieder der Commission die Anschaffung vertraten, daß von der Anbahnung einer Monopolisirung des Zettelbankgeschäftes in jeder Weise fern geblieben werden müsse. „Dieselben legten die Anschaffung zu Grunde, daß es nicht bloß gelte, in dem gegenwärtigen Stadium der Gesekgebung so, wie es die Regierungen zu erkennen gegeben hätten, ein locales Zusammenleben mit den Landesbanken zu organisiren, sondern daß für keine Zeit die Interessen des Verkehrs dem Bedenken Raum geben dürften, den durch das Bankwesen dem Publikum zu leistenden Dienste in die Hände eines einzigen Instituts gebracht zu sehen. Sobald die Concurrenz aufhöre, sei auch auf diesem Gebiete Erschlaffung, Einseitigkeit und bureaukratische Willkür nur zu leicht in Versuchung geführt, und alles, was mit vollem Rechte zu Gunsten der Preussischen Bank aufgeführt worden, gelte doch vorzugsweise nur an solchen Stellen, wo dieses Institut, wie beispielsweise bei keiner erst kürzlich erfolgten Niederlassung in Frankfurt, mit anderen ähnlichen Anstalten zu concurriren habe. Es wurde von einer anderen Seite hinzugefügt, daß ältere Erfahrungen bezeugten, daß vielfach und in so hohem Maße den Dienstleistungen der Preussischen Bank in Bezug auf die Bereitwilligkeit und Gefügigkeit im Dienste des Publikums gependete Lob sei an manchen Stellen, wo die Bank durchaus allein herrsche, nicht ohne Vorbehalt anzuerkennen.“ Unsererseits glauben wir, daß diese letzteren Ausführungen einiger Mäße darauf beruhen, daß zwischen dem Noten-Emissionsgeschäft, das mit der Zeit monopolisirt werden soll, und dem eigentlichen Bankgeschäft, das Niemand monopolisiren will, nicht genügend unterschieden wird. Indes ist die Vielheit der Deutschen Zettelbanken ein Vermächniß der Deutschen Vielstaaterei, das wir nicht plötzlich und ohne Weiteres gänzlich ablegen können. Auch diejenigen Mitglieder der Commission, welche ihrer Grundansicht

nach das Zettelbankwesen in letzter Instanz nur in der Centralisation zum richtigen Ausdruck gebracht sehen, fühlten sich nach der Sachlage verpflichtet, den weiter bestehenden Banken einen ihren Verhältnissen entsprechenden gesunden Spielraum zu lassen, „wenn sie schon nicht verkannt haben wollten — daß überall da, wo die Bankpolitik der Zukunft in entfernter Anzeichen schon jetzt zu skizziren sei, das letzte Ziel nach ihrer Auffassung im Auge gehalten werden müsse.“ In Betreff des Hauptstücks werden wohl auch vom Plenum keine irgend wichtige Abänderungen der Concessionsvorlage noch zu erwarten sein.

Stärker war in der Commission das Anklämpfen gegen die im ursprünglichen Entwurfe enthaltene Contingentirung der ungedeckten Noten, wie das nach dem Verlaufe der Verhandlungen der ersten Lesung im November und nach der Zusammenfassung der Commission auch nicht anders erwartet werden konnte. Der Bericht sagt: „Der Commission sowohl als den verbündeten Regierungen war aus der ersten Lesung des Gesetzes in der Plenarsitzung des Reichstags der Eindruck geblieben, daß bei der weitaus größten Mehrheit der Volksvertretung die von der Regierung in Aussicht genommene Contingentirung volle Gutheißung gefunden habe. Im Schooße der Commission war zwar die entgegengesetzte Anschauung bei einer nicht unerheblichen Anzahl von Mitgliedern vertreten, welche, wenn, abgesehen von allen aus den Umständen und der besonderen Sachlage sich ergebenden Rücksichten, das keine Princip zur Abstimmung hätte gestellt werden können, sich gegen dasselbe erklärt haben würden.“ Der Bericht, dessen Verfasser selbst zu den Gegnern der Contingentirung gehört, führt nun dennoch den theoretischen Gegensatz der Meinungen nochmals aus. Inbezug das Princip der „indirecten Contingentirung“ scheint denn doch in der Commission gar nicht mehr in Frage gestellt worden zu sein. Nur in zwei Punkten jedoch wurden die ausführenden Forderungen des ursprünglichen Entwurfs im Sinne der Schwärmer für „flotte und wohlfeile“ Discontingentirung erheblich abgeschwächt.

Einesstels wurde die einprocentige Steuer, welche auf den Umlauf ungedeckter Noten überhaupt gelegt werden sollte, bei der zweiten Commissionslesung mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, nachdem sie bei der ersten Lesung mit zwei Stimmen Mehrheit war angenommen worden.

Ferner ist das Gesamtcontingent der ungedeckten Noten bis zur Grenze der beginnenden fünfprocentigen Steuer, das anfänglich zu 340 Millionen M. beabsichtigt war, mit Zustimmung des Bundesraths zunächst auf 380 Millionen M. und dann durch die Commission, um einigen ihres Erachtens nicht genügend bedachten Banken ein Mehr zu bewilligen, auf 385 Millionen M. erhöht worden. Hier ist wohl zuzugeben, daß es — zumal bei dem augenblicklichen Zustande der Deutschen Geldverhältnisse — an einer zuverlässigen Norm zur Begrenzung des den Bankverwaltungen ohne gesetzliche Steuer-Schutzmittel zur Verfügung zu stellenden Maximums ungedeckter Noten leider fehlt. Ist erst die in Aussicht genommene gesetzliche Goldwährung thatsächlich in Geltung getreten, oder wird wenigstens allen Banken die Einlösung ihrer Noten statt bloß in „coursfähigem Deutschen Gelde“, wie in § 18 des Entwurfs, vielmehr in „coursfähigem Deutschen Golde“ auferlegt, — dann wird nach einiger Zeit ein zuverlässiges Urtheil über jene Grenze sich schon eher bilden. Ist erst die Goldwährung thatsächlich ins Leben getreten, dann wird die jetzt angenommene Summe ihre Probe zu bestehen haben.

Jedenfalls wird das Reichsbankgesetz, wie es jetzt aus der Commission hervorgegangen und wie ihm gewiß ohne alle wesentliche Aenderungen die Annahme des Plenums gesichert ist, eine große Verringerung für das Deutsche Bank- und Geldwesen begründen. Und sicher ist ihm auch ferner eine hohe nationalpolitische Bedeutung nicht abzuspreehen. Das Organ Vaskers, die V. A. C., darf wohl in den weitesten Kreisen auf Zustimmung rechnen, wenn sie sagt: — „Das unter alleseitigem Nachgeben zu Stande gekommene Bankgesetz wird erst der Münzreform einen sicheren Rückhalt geben und die Geldverkehrsverhältnisse nach festeren und wirtschaftlicheren Grundsätzen regeln, als dies unter der bisherigen Staatenherrschaft sich hat bewirken lassen. Die Signatur der gegenwärtigen Reichstags-Session wird in der Zukunft gewiß durch das Bankgesetz bezeichnet werden.“ „Die Reichsbank wird zu den festesten Klammern gehören, welche die materiellen Interessen des Deutschen Reichs zusammenfassen.“

Der Rüstling.

Novelle von M. v. Koskowska.

(Fortsetzung.)

Begeistert riefen ihm die Muthigeren nach: „Kein Vertrag mit dem Landesfeinde, kein wälscher Kriegsknecht in unsern Mauern.“ Die Andern schwiegen nachdenklich. „Wir rufen die Bestricher zu Hülfe,“ fuhr Diether fort. „Wie damals, als die Bauernschaft gegen die Herren aufstand, sollenboten von Ort zu Ort eilen. Ich selber will sie aufbieten und —“

Zum Potendienst sind wir Mädchen stark genug und kein Mann bleibt daheim, wenn wir ihn anrufen, uns und damit zugleich die Seinen, zu schützen! Mit diesen Worten war ein Mädchen aus der Gruppe Frauen und Kinder, die lausend beisammenstanden, hervorgetreten. Auf dem blauen Gesicht leuchtete der verklärte Glanz eines großen, muthigen Entschlusses, die hellbraunen Augen strahlten sonnenhaft.

„Ist das wirklich Ulrich's Bärbel? ging es flüsternd durch die Umstehenden. So hübsch hatte man sie nie gesehen.“

Du mußt hier helfen, die Wehren stärken, die Vertheidigung rüsten und dergleichen, was ich nicht verstehe,“ fuhr sie mit wunderbar wohlklingender Stimme fort. „An den Weibern aber, und zumal an uns Mädchen, denen nicht die Wartung von Greisen und Kindern ob-

liegt, an uns ist's zu thun, was unsere Kraft und auch unser Sinn gestattet. Ich könnt's nicht über's Herz bringen, einem Menschen, und sei's auch ein Wälscher, das Leben zu nehmen, aber Botengänge machen, die Wunden pflegen und die Streitenden mit Speise und Trank erquickend, das kann die Weichmüthigste und wird es auch!“ Sie streckte Diether die Hand entgegen, um ihre Worte zu bestätigen, das Gelächern feierlicher zu machen.

Laute Zustimmung erscholl. Kaum Einer von allen Anwesenden war jetzt nicht entschlossen, bis zum letzten Hauch zu kämpfen. Und den Frauen hat Bärbel aus der Seele gesprochen. Sie wußten ja, wie die Französischen Hornden hausten — also sollten ihnen nie freiwillig die Thore aufgethan werden.

Keiner achtete darauf, daß auch der Diener der Marquise zugehört hatte und sich nun mit seinem hämischen Lächeln still entfernte.

Noch immer ruhte Diethers Blick wie gebannt auf Bärbel. Und er nahm einen sehr durchdringend forschenden Ausdruck an, daß sie den ihrigen abwenden mußte. „Aber das Reden und Jubeln thut's nicht — jeder Augenblick muß ausgenutzt werden.“ Es klang fast kühl nach ihren vorhergehenden Worten.

Diether ließ ihre Hand, die er festgehalten, rasch fahren. Ihre Annäherung galt nicht ihm, sondern der Vertheidigung der Vaterstadt, der Abwehr des Erbfeindes; sie sollte nicht meinen, daß er sie mißverstehe.

Mit einigen Andern ging Diether hinaus in die Rathsküche. Allein die Mehrzahl der Väter der Stadt sahen die Dinge anders an, als die heißblütige Jugend. Es galt ja nicht, wie früher wohl, einen Kampf gegen einen Reichthum mit immerhin beschränkter Macht, sondern gegen das ganze und einige Frankreich. Was vermochte eine Hand voll zusammengepreßter, schlecht bewaffneter und in den Waffen wenig geübter Männer gegen die besten Soldaten der Welt? Es fehlte an Allem, an Waffen und Kriegsmaterial, wie an Leuten; an einer Autorität im Obercommando, wie an erfahrenen Offizieren zur Führung der einzelnen Trupps. Das Beispiel von Frankenthal und Neustadt verpöhlte hier nichts. Die beiden Städte hatten kurpfälzische Besatzung, die, obgleich klein, doch einen festen Kern bildete, an welche die waffenfähigen und kampflustigen Bürger sich anschließen konnten, und ihre Gräben und Mauern waren in ungleich besserem Zustande.

Das höchste wozu man sich entschließen konnte, war Aufschub zu gewinnen und inzwischen den Hauptmann der Besatzung von Hartenburg um seine Meinung zu befragen. Diether war an denselben gesandt. So eilig machte er sich auf den Weg, daß der Diener der Marquise, der ihn noch sprechen wollte, seine Absicht nicht ausführen konnte und achselzuckend dem Davonjagenden nachsah.

Diether sprengte durch die rothe Höhl, die enge Schlucht, neben welcher die Sandsteinfelsen noch einmal dicht zusammen traten, bevor sie gegen die Aebene hin sich öffnen. Er sah diesen Paß, wie alles Uebrige, mit ganz anderem Blick als sonst, mit Feldherrnblick gleichsam! Und wie prächtig lag da auf einem steilen Berge die Hartenburg, daß selbst Vogenschußen von ihren Mauern die Heerstraße beherrschten. Freilich war der Paß für all die Raubburgen, welche das Volk einst gebrochen, deren Trümmer so viele Gipfel der Vogesen krönten, für ihren Zweck eben so trefflich gewählt. Allein dies weitläufige Schloß, von einem der Grafen für seine Gemahlin, eine Pfalzgräfin von Zweibrücken prächtig ausgebaut, war längst keine gewöhnliche Burg mehr, sondern eine fürstliche Residenz und zugleich, mit geschickt angelegten Werken auf den Abhängen und Vorsprüngen des Berges eine Festung, die Tausende in ihren weitläufigen Gebäuden und gewaltigen Höfen herbergen konnte. Sie sollte der Hauptsammelplatz und Stützpunkt in dem Feldzuge sein, dessen Plan Diether entworfen hatte.

Peredl entwickelte er dann diesen seinen Plan dem Schloßhauptmann und dem alten Fauth. — Bogt, Amtmann — welche den abwesenden Herrn auf der Hartenburg vertraten. Der Erstere, nach damaligem Ausdruck eine erfahrene, abgefeimte Kriegsgurgel, betrachtete groß den Bürgersohn von Dürkheim, der sonst wegen seiner tollen Streiche bekannt war.

(Fortsetzung folgt.)

Provinzielles.

[Eisenbahnverbindung mit Rußland.] Zu dem auch von uns in gestriger Nummer reproduzirten Artikel der „St. Petersb. Ztg.“ über die Russischen Anschlußbahnen bemerkt die neueste Nummer des „Königsberger Handelsblatt“ u. A. Folgendes: Wenn aber daraus gefolgert werden soll, daß Königsberg allein einen Nutzen von dem neuen Schienenwege haben würde, so ist das sicher ein Irrthum, der auf vollkommen falschen Voraussetzungen beruht. Zunächst würde sich, namentlich so lange eine directe Bahn Litsch-Königsberg fehlt, der Verkehr mit dem Meere ebensowohl nach Memel, wie nach Königsberg lenken. Andererseits würde der Handel die Route Litsch-Insterburg-Thorn für den Verkehr mit dem Herzen Deutschlands benutzen und somit nicht geringe Waarenmengen uns gänzlich entziehen. Haupt-sächlich aber vergißt der Verfasser, daß, wenn eine Verbindung Schaulen-Litsch den Handel Litau's schädigen sollte, der Vortheil in seinem wesentlichsten Theile denjenigen Gouvernements zu Gute kommt, welche durch den neuen Schienenweg ihre Producte besser zu verwerthen, ihren Bedarf vom Auslande billiger einzukaufen in die Lage kommen. Ist die Wibauer Bahn auf Grund falscher Voraussetzungen erbaut, kann der Wibauer Hafen in eine wirkliche Concurrenz

mit Memel, Königsberg und Danzig nicht eintreten, so mag der Verkehr immerhin auf ihnen zurückgehen. Früher, als man es geseht, rücht sich jetzt bereits die Russische Bahn-politik, welche eine Zeitlang bestrebt war, den Waarenverkehr productionsreicher Gebiete künstlich über die bebauten nördlichen und ungleich entfernter gelegenen eigenen Häfen zu lenken, nur um dem durch seine natürliche Lage berufenen und bevorzugten Nachbarlande keinen Gewinn zukommen zu lassen. —

Der „Reichsanz.“ enthält eine Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Zulassung ehemaliger Officiere in der Kaiserlichen Marine als Seeschiffer und Steuerleute auf Deutschen Kauffahrtsschiffen. Darnach sind als Schiffer auf großer Fahrt ohne vorgängige Ablegung der Schifferprüfung zuzulassen: a. ehemalige Lieutenants zur See und Seeofficiere höherer Chargen der Kaiserlichen Marine nach Zurücklegung einer auf den Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres folgenden, mindestens 69 monatlichen Fahrzeit zur See; b. ehemalige Unterlieutenants zur See nach Zurücklegung einer auf den Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres folgenden, mindestens 69 monatlichen Fahrzeit zur See, von welcher mindestens 24 Monate in der Charge als Unterlieutenant zur See oder Steuermann zugebracht sind. Als Steuermann auf großer Fahrt ist ohne vorgängige Steuer-mannsprüfung sowie ohne Nachweis der Fahrzeit jeder ehemalige Officier der Kaiserlichen Marine zuzulassen. Als Schiffer auf kleiner Fahrt sind ohne vorgängige Schifferprüfung zuzulassen: a. ehemalige Lieutenants zur See und Seeofficiere höherer Chargen der Kaiserlichen Marine ohne Nachweis der Fahrzeit; b. ehemalige Unterlieutenants zur See nach Zurücklegung einer auf den Ablauf des fünfzehnten Lebensjahres folgenden, mindestens 60 monatlichen Fahrzeit zur See. Die Fahrzeit zur See als Deckofficier der Kaiserlichen Marine ist der Fahrzeit zur See als Steuermann und Einzelsteuermann auf Kauffahrtsschiffen gleich zu achten.

Das Königl. Oberfischmeisteramt hat folgende, die Fischerei in kurischen Haaff betreffende Bekanntmachung erlassen: Wenn ein Fischer, welcher Zeichen zum Ausstellen seiner Winterneze gemacht hat, dieselben nicht während der nächstfolgenden 24 Stunden benutzt, so darf jeder andere Fischer sich der bezeichneten Stelle bedienen. — Kein Fischer darf seine Neze in einen fremden Garnzweig setzen, der entweder durch eine Stange, durch aufgesetzte Giststücke oder mittelst der ins Eis gehauenen Art oder auf andere Weise kenntlich gemacht oder ihm sonst bekannt geworden ist, und schließlich: „Zag- oder Beshlöcher dürfen in einen schon gehauenen Winterweg nicht gehauen werden, sondern müssen von demselben zu jeder Seite wenigstens 6 Schritte entfernt bleiben. Die ausgehauenen Giststücke sind jedesmal am Ein-lasse sowohl wie beim Auszuge aufrecht zu stellen und die gemachten Löcher durch Fisen oder Strauch zu bezeichnen.“

Königsberg. Eine größere Anzahl von Mitgliedern unserer Stadtverordneten-Versammlung richtet dem Vernehmen der „Dstr. Ztg.“ nach ihre Bestrebungen gegenwärtig zunächst auf eine Abänderung der bestehenden Geschäftsordnung und zwar nach der Richtung hin, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen aus den Commissionen in das Plenum verlegt wird. Es wird, falls diese Vorschläge von der notwendigen Zweidrittelmehrheit der Versammlung angenommen werden, künftighin jedem einzelnen Stadtverordneten möglich sein, sich über die Magistratsvorlagen zu informieren, und nach der so gewonnenen Ueberzeugung abzustimmen, während jetzt fast immer das Votum des Referenten resp. der Geldbewilligungs-commission maßgebend ist.

Das Preussische Tribunal, welches im Strafverfahren wegen Uebertretungen für den hiesigen Gerichtsprengel höchste Instanz ist, hat in einer Anklage gegen die Hartung'sche Zeitung den für die gesammte Presse wichtigen Grund-satz aufgestellt, daß eine Zeitungsredaction zur Aufnahme einer Verichtigung auch dann nicht verpflichtet ist, wenn nur der Schlusssatz des Charakters einer thatsächlichen Verichtigung vorlägt und in eine Kritik verfällt, da zur Fortlassung einer solchen Stelle die Redaction nicht berechtigt sein würde. Die freisprechende Entscheidung stützt sich wie das hiesige „Tagebl.“ mittheilt, auf den ersten Abschnitt des § 11 des Deutschen Reichs-Preßgesetzes welcher lautet: „Der verantwortliche Redac-teur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Ver-ichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatfachen auf Verlangen einer beteiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Beglaffungen aufzunehmen, sofern die Ver-ichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen straf-baren Inhalt hat und sich auf thatsächliche Angaben beschränkt.“

Pr. Friedland. Auf dem in der Nähe von Pr. Friedland gelegenen Gute ist kürzlich ein schrecklicher Mord verübt worden. Das „W. B.“ berichtet darüber: Ein Tagelöhner hatte dem Besitzer des genannten Gutes Weizen von der Lenne gestohlen, was von einem andern Tagelöhner des Gutes bemerkt und angezeigt worden war. Der Dieb geriehet hierüber in die größte Wuth. In der Nacht begab er sich sammt seiner Frau und Tochter in die Wohnung des Gehilfen, bewaffnet mit einer Art und einem Spaten und mit Mordgedanken im Herzen. Den ersten tödtlichen Hieb hat die Frau ausgesetzt, indem sie mit der scharfen Kante des Spatens dem nicht's Böles ahnenden und ganz wehrlosen Manne den Schädel spaltete, worauf auch die beiden andern wie wilde Bestien über das unglückliche Opfer herfielen und den Mann berartig zurichteten, daß fast kein Fleck am ganzen Leibe verschont blieb. Die Mörder wurden natürlich sofort entbedt und festgenommen. Das abschreckendste Beispiel von Ruchlosigkeit bei der schauer-haften That liefert die Frau; denn diese war hochschwanger und wurde gleich am ersten Tage nach ihrer Festnahme entbunden.